



HESSEN



Bericht aus Brüssel

07/2023 vom 11.04.2023

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Außen- und Verteidigungspolitik.....	3
Europäisches Parlament.....	3
Ausschuss der Regionen.....	5
Wirtschaft.....	5
Verkehr.....	9
Energie.....	9
Digital.....	11
Forschung.....	12
Finanzdienstleistungen.....	13
Finanzen.....	14
Soziales.....	14
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	16
Umwelt.....	23
Landwirtschaft.....	26
Justiz.....	27
Inneres.....	28
Bildung und Kultur.....	31
Information, Kommunikation und Medien.....	31
Veranstaltungen.....	32
Vorschau.....	34

Kommission; Beziehungen zwischen EU und China

Am 30.03.2023 hat Kommissionspräsidentin von der Leyen bei einer Veranstaltung der beiden Thinktanks Mercator Institute for China Studies und European Policy Centre eine Grundsatzrede zu den Beziehungen zwischen der EU und China gehalten. Ihre Rede war vor allem ein Plädoyer für eine starke und geeinte europäische Haltung. Von der Leyen betonte ebenfalls, dass Europa vor einer Neuausrichtung der Beziehungen zu China in den wichtigsten Bereichen stehe. Sie beschrieb dabei die Beziehung der EU zu China als eine der „weltweit schwierigsten und bedeutendsten“. Wichtig seien laut von der Leyen die diplomatische Stabilität und offene Kommunikationsverbindungen mit China. Für Europa müsse das wirtschaftliche Risiko bei den Beziehungen zu China gemindert werden. Problematisch hob sie hervor, dass China und seine Führung an der „felsenfesten Freundschaft“ zu Putins Russland festhalten würden, ungeachtet der völkerrechtswidrigen Invasion der Ukraine. Von der Leyen machte deutlich, Chinas weitere Positionierung gegenüber Putins Krieg sei ein entscheidender Faktor für die künftigen Beziehungen zwischen der EU und China.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/speech_23_2063

Europäisches Parlament

Aussprache über die Ergebnisse des EU-Gipfels im März

Am 29.03.2023 fand eine Aussprache mit der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und dem Präsidenten des Europäischen Rates Charles Michel über die Ergebnisse des EU-Gipfels im März statt. Die MdEP forderten, dass die EU den Industriesektor stärken, Haushalte und Unternehmen unterstützen und der Ukraine weiterhin zur Seite stehen soll. "Die Welt ist heute gefährlicher", erklärte der Präsident des Europäischen Rates Charles Michel zu Beginn seiner Ausführungen. Er begrüßte die Zustimmung der Staats- und Regierungschefs zur Lieferung zusätzlicher Waffen und Munition an die Ukraine, die einen wichtigen Schritt in Richtung eines europäischen Verteidigungssystems darstellt. In Bezug auf die langfristige Wettbewerbsfähigkeit sagte Michel, dass Europa zu einem "Kraftwerk der Innovation" werden müsse, insbesondere bei erneuerbaren Energien und sauberen Technologien. Die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen erklärte, dass die EU angesichts ihrer ehrgeizigen Ziele für den Einsatz erneuerbarer Energien ein besseres regulatorisches Umfeld für europäische Hersteller sauberer Technologien schaffen müsse, und betonte gleichzeitig die Bedeutung kritischer Rohstoffe für den grünen und digitalen Wandel. Viele MdEP konzentrierten sich auf die internationale industrielle Wettbewerbsfähigkeit und Strategie, wobei einige die Notwendigkeit betonten, den Verlust an industrieller Stärke und Arbeitsplätzen in Europa zu stoppen. Andere forderten die EU auf, mit einer Stimme zu sprechen, beispielsweise gegenüber China, und die Abhängigkeit von Drittländern zu verringern. Mehrere MdEP sprachen sich dafür aus, mehr internationale Handelsabkommen zu schließen, während andere sich auf sicherheits- und außenpolitische Belange konzentrierten und den Schutz und die Stärkung der transatlantischen Beziehungen forderten. Viele betonten auch die Notwendigkeit, die Ukraine weiterhin zu unterstützen und sicherzustellen, dass Russland für seinen Angriffskrieg zur Rechenschaft gezogen wird.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2023-03-29-ITM-011_DE.html

Jahrestag des Karfreitagsabkommens

Zu Beginn der Plenarsitzung am 29.03.2023 wurde im Rahmen einer feierlichen Zeremonie des Jahrestages des Karfreitagsabkommens von Belfast (GFA), das den 30-jährigen gewaltsamen Konflikt in Nordirland beendete, gedacht. Der Präsident des Europäischen Rates, Charles Michel, würdigte das Karfreitagsabkommen von Belfast als eine "bemerkenswerte Errungenschaft", die von visionären Führern, die keine Kompromisse scheuten, gesteuert wurde. Es erinnere an die Römischen Verträge von 1957, sagte er und verwies darauf, wie die Tragödie des Zweiten Weltkriegs die Europäer inspiriert habe, einen einigenden Geist zu entwickeln und Grenzen zu ziehen, die nicht trennen. "Vor 25 Jahren ist das Unmögliche wahr geworden", sagte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Das Abkommen von Belfast eröffnete eine neue Ära der Zusammenarbeit, "es war ein neuer Anfang", und seither wurden riesige Schritte nach vorne gemacht. Mit der Verpflichtung, das Windsor-Abkommen zu verwirklichen, sei sichergestellt, dass es "nie wieder eine harte Grenze auf der IRL Insel geben wird". In einer Reihe von Beiträgen im Namen der Fraktionen würdigten die MdEP das GFA als eine historische Entwicklung, die für den Frieden und die Versöhnung in Nordirland von wesentlicher Bedeutung sei. Sie bekräftigten, dass das Abkommen von zentraler Bedeutung für die Verhandlungen der EU mit GBR über eine Beziehung nach dem Brexit sei, ebenso wie die Verhinderung einer harten Grenze auf der IRL Insel.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2023-03-29-ITM-003_DE.html

Reduzierung der Emissionen fluoriertes Gase

Am 30.03.2023 haben die MdEP im Rahmen des Berichts von MdEP Bas Eickhout (GRÜNE/NDL) ihren Standpunkt zur Überarbeitung des EU-Rechtsrahmens für Emissionen fluoriertes Gase (F-Gase) mit einer Mehrheit von 426 - 109 - 52 angenommen. Damit ist das Parlament bereit, mit den Mitgliedstaaten über eine weitere Reduzierung der Emissionen fluoriertes Gase zu verhandeln, um die Klimaziele zu erreichen (siehe Beitrag unter „Umwelt“).

Sicherheitsvorschriften für Verbraucherprodukte

Am 30.03.2024 billigte das EP im Rahmen des Berichts von MdEP Dita Charanzová (RN/CZR) überarbeitete Sicherheitsvorschriften für Verbraucherprodukte, die keine Lebensmittelerzeugnisse sind, mit einer Mehrheit von 569 - 13 - 0. Die neue Verordnung bringt die geltende Richtlinie über die allgemeine Produktsicherheit in Einklang mit den neuesten Entwicklungen im digitalen Bereich und dem Umstand, dass immer häufiger im Internet eingekauft wird (siehe Beitrag unter „Gesundheit und Verbraucherschutz“).

Neue Regeln für mehr Lohntransparenz

Am 30.03.2024 nahmen die MdEP im Rahmen des Berichts von MdEP Samira Rafaela (RN/NDL) und MdEP Kira Marie Peter-Hansen (GRÜNE/DNK) mit einer Mehrheit von 427 - 79 - 76 neue Vorschriften für mehr Lohntransparenz an. Vergütungsstrukturen müssen demnach auf geschlechtsneutralen Kriterien beruhen und so gestaltet sein, dass die Arbeitsbewertung und die berufliche Einstufung unabhängig vom Geschlecht erfolgen (siehe Beitrag unter „Soziales“).

Überwachung der Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedsstaaten durch die Kommission

In einer Aussprache zu Fragen der Rechtsstaatlichkeit diskutierten die MdEP am 30.03.2023 mit Kommissionsvizepräsidentin Jourová über die jüngsten Ereignisse und Behauptungen über demokratische Rückschritte in GRI, ESP und MTA. Die MdEP stimmten auch über eine Entschließung ab, in der das Parlament den Bericht der

Kommission zur Rechtsstaatlichkeit 2022 und den allgemeinen Zustand der EU-Werte bewertet.

Rechtsstaatlichkeitsbericht der Kommission

Das Parlament begrüßt in seiner Entschließung die Verbesserungen im jährlichen Rechtsstaatlichkeitsbericht der Kommission, von denen viele mit den früheren Empfehlungen des Parlaments übereinstimmen. Dennoch gibt es noch eine Reihe von Problemen. Die MdEP fordern, dass der Umfang der Analyse erweitert wird, um das gesamte Spektrum der EU-Werte abzudecken, und dass die Ergebnisse mit der Aktivierung von Instrumenten zum Schutz der Werte und des Haushalts der EU verknüpft werden, und dass Rückschritte in einigen Ländern deutlich genannt werden. Sie zeigen sich besonders besorgt über die Pressefreiheit und den Pluralismus und warnen, dass Journalisten weiterhin gefährdet sein werden, solange die Institutionen aufgedeckte Korruption nicht strafrechtlich verfolgen. Die Entschließung bedauert auch das Fehlen länderspezifischer Empfehlungen in Bezug auf den unrechtmäßigen Einsatz von Spionageprogrammen in den Mitgliedstaaten und beklagt die anhaltende Politisierung der nationalen Justizräte in einigen Ländern. Die Entschließung wurde mehrheitlich per Handzeichen angenommen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0094_DE.html

A u s s c h u s s d e r R e g i o n e n

AdR; NAT-Fachkommissionssitzung

Am 30.03.2023 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission NAT für Natürliche Ressourcen in Brüssel statt. Für Hessen nahm Staatssekretär Becker teil. Dabei fanden Abstimmungen für folgende Stellungnahmeentwürfe statt: "Rechtsrahmen für nachhaltige Lebensmittelsysteme" sowie "Krisenvorsorge und Krisenbewältigung: die Resilienz der Union und ihrer Regionen und Städte stärken".

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2192336&meetingSessionId=2241383>

W i r t s c h a f t

Kommission; Veröffentlichung des Index für regionale Wettbewerbsfähigkeit 2022

Die Kommission hat 23.03.2023 den Index für regionale Wettbewerbsfähigkeit 2022 (Regional Competitiveness Index – RCI) veröffentlicht. Aus dem RCI 2022 ergibt sich, dass es immer noch große Unterschiede bei der Wettbewerbsfähigkeit zwischen den europäischen Regionen gibt. Aus dem RCI ergibt sich aber auch, dass die weniger entwickelten Regionen wettbewerbsfähiger geworden sind. Laut RCI 2022 sind Utrecht (NDL) mit einem Index von 150,9 und Zuid-Holland mit einem Index von 144,1 sowie die französische Hauptstadtregion Île-de-France (142,8) die wettbewerbsfähigsten Regionen in der EU. In allen deutschen Regionen liegt die Wettbewerbsfähigkeit über dem EU-Durchschnitt. Darmstadt hat einen Index von 126,8, Gießen von 114,9 und Kassel von 104,3. Mit dem 2010 eingeführten und alle drei Jahre veröffentlichten RCI können EU-Regionen ihre Entwicklung im Zeitverlauf und im Vergleich zu anderen Regionen beobachten und bewerten. Er ist ein wichtiges Instrument, das die Wettbewerbsfähigkeit aller Regionen in der EU anhand von 68 Indikatoren und den drei Teilindizes „Basis“, „Effizienz“ und „Innovation“ zeigt. Das

Instrument wurde allerdings gegenüber der vorherigen Ausgabe von 2019 komplett überarbeitet.

https://ec.europa.eu/regional_policy/information-sources/maps/regional-competitiveness_en

Kommission; Mitteilung und Ankündigung von Leitlinien im Kartellrecht

Die Kommission hat am 27.03.2023 eine Aufforderung zur Stellungnahme veröffentlicht, um Rückmeldungen zur Annahme von Leitlinien zum Behinderungsmissbrauch durch marktbeherrschende Unternehmen einzuholen. Parallel dazu hat sie eine Mitteilung (mit Anhang) zur Änderung ihrer 2008 angenommenen Erläuterungen zu den Durchsetzungsprioritäten in Fällen von Behinderungsmissbrauch veröffentlicht. Die geplanten Leitlinien sollen insbesondere zu einer besseren Rechtsdurchsetzung der Vorgaben des Art. 102 AEUV, der den Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung regelt, beitragen. Die Durchsetzung des Artikels sei von entscheidender Bedeutung dafür, dass auf Märkten wirksamer Wettbewerb herrsche und die Verbraucher von den Vorteilen wettbewerbsorientierter Märkte profitieren könnten, so die Kommission. Die Stellungnahmefrist für Stakeholder läuft bis zum 24.04.2023.

https://competition-policy.ec.europa.eu/document/3c8af31c-1bf0-467a-b4a7-a69da6e722bb_en

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13796-Guidelines-on-exclusionary-abuses-of-dominance_de

Rat; EP; Vorläufige Einigung über das Instrument gegen Zwangsmaßnahmen

Rat und EP haben am 28.03.2023 eine vorläufige politische Einigung über den Verordnungsvorschlag zum Schutz der Union und ihrer Mitgliedstaaten (MS) vor wirtschaftlichem Zwang durch Drittländer erzielt. Die Kommission hatte den Legislativvorschlag am 08.12.2021 vorgelegt (vgl. BaB 23/2021). Mit diesem Instrument sollen Drittländer davon abgehalten werden, durch Maßnahmen, die den Handel oder Investitionen betreffen, wirtschaftlichen Zwang auf die EU und ihre MS auszuüben. Zu den Maßnahmen, die gegen ein Drittland als Reaktion auf dessen wirtschaftlichen Zwang ergriffen werden können, gehören Handelsbeschränkungen, z.B. in Form erhöhter Zölle oder auch von Einfuhr- oder Ausfuhrgenehmigungen. Aber auch Beschränkungen in Bezug auf Dienstleistungen oder bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sollen möglich sein.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/03/28/trade-political-agreement-on-the-anti-coercion-instrument/>

Kommission; Verabschiedung eines Verordnungsvorschlags über nicht für den Straßenverkehr bestimmte mobile Maschinen und Geräte

Die Kommission hat am 30.03.2023 einen Verordnungsvorschlag über nicht für den Straßenverkehr bestimmte mobile Geräte und Maschinen vorgelegt. Ziel des Vorschlags ist es, die Teilnahme am öffentlichen Verkehr und den grenzüberschreitenden Einsatz von nicht für den Straßenverkehr bestimmten mobilen Maschinen und Geräten wie z.B. Bagger, Kräne, Erntemaschinen, Gabelstaplern oder Schneeräumgeräten zu erleichtern. Durch die geplante Verordnung werde hierfür ein harmonisierter Rechtsrahmen geschaffen. Hersteller und Händler sollen künftig die Straßenzulassung nur einmal und nur in einem Mitgliedstaat (MS) beantragen müssen, damit die Maschinen und Geräte in allen MS für den Straßenverkehr zugelassen sind. Zudem enthält der Vorschlag Vorschriften für die wichtigsten technischen Aspekte. Vorgesehen ist ebenfalls die Einführung eines EU-weiten vereinfachten einstufigen Verfahrens. Zudem enthält der Vorschlag Vorschriften zur Marktüberwachung.

https://single-market-economy.ec.europa.eu/publications/proposal-regulation-approval-and-market-surveillance-non-road-mobile-machinery-circulating-public_en

Kommission; Annahme des Jahresarbeitsprogramm für das Jahr 2023 im Rahmen des Europäischen Verteidigungsfonds

Die Kommission hat am 30.03.2023 das dritte Jahresarbeitsprogramm im Rahmen des Europäischen Verteidigungsfonds (EEF) angenommen. Im Rahmen des EEF-Arbeitsprogramms werden insgesamt zusätzliche 1,2 Mrd. EUR für die Förderung von Kooperationsprojekten in Forschung und Entwicklung sowie von Innovationen im europäischen Verteidigungssektor bereitgestellt. Das EEF-Arbeitsprogramm 2023 befasst sich mit 34 Themen, die in vier thematische Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen sowie drei Bottom-up-Aufforderungen mit Schwerpunkt auf bahnbrechenden Technologien und KMU gegliedert sind. Es zielt auf Verteidigungstechnologien und -fähigkeiten im Einklang mit den EU-Fähigkeitsprioritäten ab. Darüber hinaus führt das Arbeitsprogramm 2023 neue Maßnahmen zur Förderung von Innovationen im Verteidigungsbereich unter dem Dach des EU-Programms für Verteidigungsinnovationen (EUDIS) ein, wie etwa die Organisation von „Hackathons“ im Verteidigungsbereich, die finanzielle Unterstützung von Organisationen für die Entwicklung von Innovationstestzentren und die Unterstützung der Fortsetzung von EU-finanzierter ziviler Forschung, um ihre Anwendbarkeit für militärische Endnutzer zu testen.

https://defence-industry-space.ec.europa.eu/european-defence-fund-eu12-billion-boost-eu-defence-capabilities-and-new-measures-defence-innovation-2023-03-30_en

EP; Start des Europäischen Jahres der Kompetenzen

Am 30.03.2023 hat das EP im Plenum den Start für das Europäische Jahr der Kompetenzen mit der Verabschiedung des Berichts von MdEP Loukas Foulas (EVP/CYP) mit 524 Ja-Stimmen bei 33 Nein-Stimmen und 24 Enthaltungen bestätigt. Damit hat das EP dem Beschlussvorschlag der Kommission für einen Beschluss des EP und des Rates über ein Europäisches Jahr der Kompetenzen 2023 für den Zeitraum vom 09.05.2023 bis zum 08.05.2024 zugestimmt. Das Jahr der Kompetenzen soll mit zahlreichen Veranstaltungen und Aktivitäten dazu beitragen, das lebenslange Lernen zu stärken und gleichzeitig helfen, die Menschen und die Wirtschaft auf den digitalen und grünen Wandel vorzubereiten sowie dem Fachkräftemangel entgegenwirken. Für die Organisation der Teilnahme am Europäischen Jahr der Kompetenzen auf nationaler und regionaler Ebene sind die Mitgliedstaaten zuständig.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0089_DE.html

EuGH; Schlussanträge der Generalanwältin zur Untersagung des Erwerbs eines Unternehmens von strategischer Bedeutung

Am 30.03.2023 legte die Generalanwältin Tamara Capeta am EuGH in der Rechtssache C-106/22 ihre Schlussanträge vor. In dem gegenständlichen Vorabentscheidungsverfahren möchte das in HUN mit der Sache befasste Gericht wissen, ob die im Zuge der Pandemie in HUN erlassenen Rechtsvorschriften, wonach die Übernahme von Unternehmen, die für die ungarische Wirtschaft von strategischer Bedeutung sind, untersagt werden kann, mit dem freien Kapitalverkehr vereinbar sind. In ihren Schlussanträgen vertritt die Generalanwältin die Auffassung, dass Direktinvestitionen aus Drittstaaten in den Anwendungsbereich der Verordnung über die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen fallen. Allerdings stehe das Unionsrecht nationalen Rechtsvorschriften, die die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen aus einem Drittstaat erlauben, grundsätzlich nicht entgegen. Dies

gelte auch wenn diese durch eine Gesellschaft mit Sitz in der EU erfolgen. Die Gewährleistung der Versorgung mit bestimmten Rohstoffen in Krisenzeiten könne auch geeignet sein, die Beschränkung ausländischer Direktinvestitionen aus Gründen der öffentlichen Sicherheit zu rechtfertigen. Diese Gründe könnten auch Beschränkungen von Kapitalbewegungen aus Drittstaaten, rechtfertigen. Es sei dann Aufgabe des nationalen Gerichts zu prüfen, ob hinreichend dargelegt worden sei, warum die indirekte ausländische Eigentümerschaft eine tatsächliche und schwere Gefährdung für die Sicherheit der Versorgung – im konkreten Fall mit Kies, Sand, Ton und Kaolin – darstellt, und ob die Sicherheit dieser Versorgung nicht mit einer weniger restriktiven Maßnahme hätte erreicht werden können.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-106/22>

EuGH; Schlussanträge der Generalanwältin in der Rechtsmittelsache Ryanair und Airport Marketing Services gegen die Kommission

Am 30.03.2023 legte die Generalanwältin Medina in der Rechtssache C-758/21 P ihre Schlussanträge vor. In dem gegenständlichen Rechtsmittelverfahren geht es um die Frage, ob Ryanair bzw. ihren Tochtergesellschaften im Rahmen von Dienstleistungs- und Marketingvereinbarungen mit dem Betreiber des Flughafens Klagenfurt von 2002 und 2006 unzulässige staatliche Beihilfen in Höhe von 1.827.267 EUR bzw. 141.326 EUR gewährt worden sind. In ihren Schlussanträgen schlägt die Generalanwältin vor, das Rechtsmittel vollumfänglich abzuweisen. Sie sieht keinen der vier von Ryanair vorgetragene Rechtsmittelgründe als begründet an. Die Rechtsmittelführerinnen machen im Wesentlichen geltend, dass das EuG einen Fehler begangen habe, indem es zu dem Schluss gekommen sei, dass sowohl das Bestehen der Beihilfe als auch ihre Höhe ausschließlich auf der Grundlage von ex-ante-Daten zu beurteilen seien. Dieses Argument ist aus Sicht der Generalanwältin nicht stichhaltig. Der EuGH habe nämlich eindeutig bereits in früherer Rechtsprechung festgestellt, dass für die Anwendung des Kriteriums des privaten Wirtschaftsteilnehmers "nur die verfügbaren Daten und die zu dem Zeitpunkt, zu dem die Entscheidung über die betreffende Maßnahme getroffen wurde, vorhersehbaren Entwicklungen" relevant sind.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-758/21>

Kommission; Vierte Sitzung des Gemischten Ausschusses im Rahmen des Wirtschaftspartnerschaftsabkommens (WPA) zwischen der EU und Japan

Exekutivvizepräsident und Handelskommissar Valdis Dombrovskis und der japanische Außenminister Yoshimasa Hayashi führten gemeinsam den Vorsitz bei der vierten Sitzung des Gemischten Ausschusses im Rahmen des Wirtschaftspartnerschaftsabkommens (WPA) zwischen der EU und Japan. Vor dem Hintergrund der aktuellen geopolitischen Herausforderungen führten beide Seiten einen strategischen Austausch, insbesondere zur wirtschaftlichen Sicherheit und Zusammenarbeit mit dem globalen Süden. Beide Seiten erörterten Bereiche, in denen der Marktzugang verbessert werden könnte, z. B. die Einfuhrbedingungen in Japan für bestimmte Kategorien von EU-Agrarerzeugnissen. Darüber hinaus waren sie sich einig, dass die Verhandlungen über die in das WPA aufzunehmenden Bestimmungen zum Datenfluss beschleunigt werden müssen.

https://policy.trade.ec.europa.eu/news/eu-japan-trade-surges-13-after-catching-pre-pandemic-levels-2023-04-04_en

V e r k e h r

Kommission; Entwurf eines delegierten Rechtsakts für hochentwickelte Warnsysteme zur Stärkung der allgemeinen Fahrzeugsicherheit

Die Kommission hat am 24.03.2023 den Entwurf eines delegierten Rechtsakts für spezifische Prüfverfahren und technischen Anforderungen für die Genehmigung von Fahrzeugen, die mit einem Warnsystem bei nachlässiger Konzentration des Fahrers ausgestattet sind, vorgelegt. Rechtsgrundlage für den geplanten delegierten Rechtsakt ist die Verordnung über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern sowie von Systemen, Bauteilen und selbstständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge im Hinblick auf ihre allgemeine Sicherheit und den Schutz der Fahrzeuginsassen und von ungeschützten Verkehrsteilnehmern. Danach müssen alle neuen Fahrzeugtypen ab Mitte 2024 mit einem hochentwickelten Warnsystem, das bei nachlassender Konzentration des Fahrers aktiviert wird, ausgestattet sein. Die Frist für Rückmeldung läuft bis zum 21.04.2023

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13740-Stra%C3%9Fenverkehrssicherheit-hochentwickelte-Warnsysteme-bei-nachlassender-Konzentration-des-Fahrers_de

EuG; Urteil zu von ROM gewährte Beihilfen an Blue Air

Das EuG hat mit Urteil vom 29.03.2023 in der Rechtssache T-142/21 (Wizz Air Hungary gegen die Kommission) die Klage von Wizz Air vollständig abgewiesen. Die während der COVID-19-Pandemie von ROM an die private rumänische Fluggesellschaft Blue Air geleisteten und von der Kommission genehmigten staatlichen Beihilfen seien rechtmäßig. Das EuG stellte zum einen fest, dass die Kommission den Schaden, der Blue Air durch die im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie verhängten Reisebeschränkungen entstanden sei, nicht, wie die Klägerin behauptet, fehlerhaft bemessen habe. Auch sei die Kommission zutreffend davon ausgegangen, dass im Fall eines Marktaustritts von Blue Air eine konkrete Gefahr bestanden habe, dass bestimmte als wichtig erachtete Beförderungsdienste für Fluggäste unterbrochen würden, die unter den besonderen Umständen des vorliegenden Falles schwer zu ersetzen gewesen wären, und daher die Beihilfe zu einem Ziel von gemeinsamem Interesse beitrage.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=T-142/21>

E n e r g i e

Rat; EP; Kommission; Trilog zur AFIR

Am 28.03.2023 hat der Rat, vertreten durch die SWE-Präsidenschaft, mit dem Verhandlungsführer des EP MdEP Ismael Ertug (S&D/DEU) eine Einigung über die Verordnung zur Infrastruktur für alternative Kraftstoffe (AFIR-Verordnung) erzielt. Mit dem Verordnungsvorschlag werden die folgenden drei Ziele verfolgt: Gewährleistung eines ausreichenden Infrastrukturnetzes für das Aufladen und Betanken von Straßenfahrzeugen oder Schiffen mit alternativen Kraftstoffen, die Bereitstellung alternativer Lösungen, damit Schiffe am Liegeplatz und stationäre Flugzeuge den Motorbetrieb einstellen können, sowie Sicherstellung der vollständigen Interoperabilität in der gesamten EU und von Nutzerfreundlichkeit der Infrastruktur.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_1867

Rat, EP Kommission; Trilog Einigung zur Erneuerbaren Energierichtlinie erreicht

Am 30.03.2023 hat der Rat vertreten durch die SWE Präsidentschaft und der Verhandlungsführer des EP Markus Pieper (EVP/DEU) eine Einigung über die Richtlinie für erneuerbare Energie die sogenannte RED III erreicht. Der Anteil erneuerbarer Energiequellen am Gesamtenergieverbrauch der EU soll bis 2030 auf 42,5% gesteigert werden. Zudem wurde eine indikative zusätzliche Steigerung von 2,5% vorgesehen, mit der ein Anteil von 45% erreichbar würde. Zu diesem übergeordneten Ziel sollen alle Mitgliedstaaten (MS) ihren Beitrag leisten. Die vorläufige politische Einigung muss nun von den beiden Gesetzgebungsorganen bestätigt werden. In der vorläufigen Einigung ist vorgesehen, dass die Industrie den Einsatz erneuerbarer Energie jährlich um 1,6% erhöht. Es wurde vereinbart, dass der von der Industrie verwendete Wasserstoff bis 2030 zu 42% und bis 2035 zu 60% aus erneuerbaren Kraftstoffen nicht biogenen Ursprungs stammen sollte. In der vorläufigen Einigung ist in Bezug auf den Anteil erneuerbarer Energieträger bei Gebäuden für 2030 ein indikatives Ziel von mindestens 49% vorgegeben. Zudem haben sich Rat, EP und Kommission darauf geeinigt, dass die MS Vorranggebiete für erneuerbare Energien festlegen werden, in denen für Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien vereinfachte Schnellgenehmigungsverfahren gelten. Ferner wird in Bezug auf die Nutzung erneuerbarer Energiequellen davon ausgegangen, dass sie im „überwiegenden öffentlichen Interesse“ liegen, wodurch die Gründe für rechtliche Einwände gegen neue Anlagen eingeschränkt werden. Hiermit wird die geltende Notverordnung des Rats nach Artikel 122 AEUV zur Beschleunigung des Ausbaus von erneuerbaren Energien im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren bestätigt und die Gültigkeitsdauer der Notverordnung verlängert.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/03/30/council-and-parliament-reach-provisional-deal-on-renewable-energy-directive/>

Rat; Geltungsdauer des freiwilligen Ziels zur Senkung der Gasnachfrage um 15% verlängert

Der Rat hat am 28.03.2023 eine politische Einigung über einen Vorschlag der Kommission erzielt, die Geltungsdauer des freiwilligen Ziels zur Senkung der Gasnachfrage um 15% um ein Jahr zu verlängern. In der Verordnung wird die Möglichkeit beibehalten, dass der Rat einen „Unionsalarm“ zur Versorgungssicherheit auslöst; in diesem Fall würde die Senkung der Gasnachfrage verpflichtend. In der neuen Verordnung ist ein freiwilliges Ziel festgelegt, nach dem die Mitgliedstaaten (MS) ihren Erdgasverbrauch zwischen dem 01.04.2023 und dem 31.03.2024 um 15% gegenüber ihrem Durchschnittsverbrauch im Zeitraum vom 01.04.2017 bis zum 31.03.2022 senken. Die MS können selbst über die Maßnahmen entscheiden, mit denen sie das Ziel erreichen wollen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/03/28/member-states-agree-to-extend-voluntary-15-gas-demand-reduction-target/>

Rat; Einigung auf Verhandlungsposition zum „Gaspaket“ erzielt

Der Rat hat am 28.03.2023 eine politische Einigung über seine Haltung zum Vorschlag des Gaspakets erzielt. Damit können die Trilogverhandlungen zur Richtlinie über gemeinsame Vorschriften für den Binnenmarkt für erneuerbare Energien und Erdgas sowie für Wasserstoff, KOM (2021) 803 und der Verordnung über den Binnenmarkt für erneuerbare Energien und Erdgas sowie für Wasserstoff (Neufassung), KOM(2021) 804 beginnen. Das EP hatte sich schon auf seiner Sitzung am 15.03.2023 auf einen Standpunkt zu den Berichten von Jens Geier (S&D/DEU) und Jerzy Buzek (EVP/POL) geeinigt. Der Rat hat in seinen allgemeinen Ausrichtungen viele Änderungen des Kommissionsvorschlags aufgenommen, sich aber grundsätzlich an den wichtigen Punkten des Vorschlags orientiert. In der Verordnung hat der Rat z.B. die Vorschriften

für Tarife und Tarifnachlässe für Wasserstoff und erneuerbare Gase im Hinblick auf den Zugang zum Gasnetz präzisiert und den Mitgliedstaaten mehr Flexibilität bei ihrer Festlegung eingeräumt. Dabei wurde zwischen Tarifnachlässen für erneuerbare Gase (100 %) und CO₂-arme Gase (75 %) im Erdgasnetz unterschieden. Die allgemeine Ausrichtung ermöglicht die Beimischung von Wasserstoff in das Erdgasnetz bis zu einem Volumenanteil von 2 % (statt 5 %), um eine harmonisierte Gasqualität zu gewährleisten. In der Richtlinie hat der Rat z. B. in seiner allgemeinen Ausrichtung eine Bezugnahme auf den in der Erneuerbare-Energien-Richtlinie festgelegten Vergleichswert für fossile Brennstoffe in die Definitionen der Begriffe, die die Bezeichnung "CO₂-arm" enthalten, aufgenommen, um gleiche Bedingungen bei der Bewertung des gesamten Treibhausgas-Fußabdrucks verschiedener Gase zu gewährleisten. Was die Entflechtung künftiger Wasserstoffnetze betrifft, so haben die Mitgliedstaaten die vollständige eigentumsrechtliche Entflechtung als Standardmodell beibehalten, während sie unter bestimmten Bedingungen das Modell eines unabhängigen Fernleitungsnetzbetreibers (bei dem Energieversorgungsunternehmen weiterhin Eigentümer und Betreiber von Netzen sind, aber von einer Tochtergesellschaft Gebrauch machen müssen) zulassen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/03/28/gas-package-member-states-set-their-position-on-future-gas-and-hydrogen-market/>

Digital

Kommission; Wettbewerb um Europäischen Breitbandpreis 2023 eröffnet

Die Kommission hat den diesjährigen Wettbewerb um den Europäischen Breitbandpreis eröffnet; die Bewerbungsfrist endet am 23.06.2023. Die Preise werden in fünf Kategorien vergeben: Innovative Finanzierungs-, Geschäfts- und Investitionsmodelle, Maßnahmen zur Kostensenkung und Ko-Investitionen, Sozioökonomische Auswirkungen in ländlichen und abgelegenen Gebieten, Nachfrageerzeugung und Nutzung der Konnektivität sowie grenzüberschreitende und internationale Konnektivität. Bewerben können sich Projekte, die zu mindestens 65% umgesetzt sind; keine Rolle spielen ihre Größe, die betroffenen Technologien oder ob das Projekt ländlich oder städtisch ist. Auch braucht es nicht grenzüberschreitend zu sein; auch regionale und lokale Projekte können sich bewerben.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/european-broadband-awards>

Kommission; EU-US Dialog über die Wettbewerbspolitik im Technologiesektor

Margrethe Vestager, Exekutiv-Vizepräsidentin der Kommission, die Vorsitzende der Federal Trade Commission (US-Kartellbehörde) Lina Khan und der im US-Justizministerium für Kartellrecht zuständige stellvertretende Generalstaatsanwalt Jonathan Kanter sind am 30.03.2023 in Washington zum dritten EU-US-Dialog über die Wettbewerbspolitik im Technologiesektor zusammengekommen. Der Dialog besteht seit 2021 und ergänzt den EU-US-Handels- und Technologierat (TTC). Sie befassten sich u.a. mit den Gründen, warum bestimmte Zusammenschlüsse von Unternehmen des digitalen Sektors Anlass zu wettbewerbsrechtlichen Bedenken geben können. Die EU und die US-Administration wollen im Rahmen des gemeinsamen Dialogs über die Wettbewerbspolitik im Technologiesektor weiterhin eng zusammenarbeiten, um gut funktionierende und wettbewerbsorientierte Märkte für Verbraucherinnen und Verbraucher, Unternehmen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sicherzustellen. Es wurde angekündigt, dass die US-Wettbewerbsbehörde und das US-Justizministerium jeweils eine Expertin oder einen

Experten nach Brüssel entsenden werden, um die Umsetzung des Gesetzes über digitale Märkte (sog. Digital Markets Act) zu unterstützen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_2019

Kommission; EU-Satellitenkonstellation IRIS²: Aufruf zur Angebotsabgabe

Die Kommission hat am 24.03.2023 eine Aufforderung zur Angebotsabgabe für die Vergabe eines Konzessionsvertrags zur Umsetzung der EU-Satellitenkonstellation IRIS² (Infrastruktur für Resilienz, Interkonnektivität und Sicherheit durch Satelliten) veröffentlicht. Die öffentlich-private Partnerschaft zwischen der Kommission und dem Privatsektor soll gemeinsame Investitionen in die Konzeption, die Entwicklung, den Aufbau und den Betrieb staatlicher und kommerzieller Infrastrukturen und deren Nutzung gewährleisten. Diese Ausschreibung ist der erste Schritt auf dem Weg zur konkreten Umsetzung von IRIS². Hierfür werden 2,4 Mrd. EUR aus dem EU-Haushalt bereitgestellt. Die Kommission erklärte, sie erwarte Vorschläge aus „dem gesamten Spektrum des europäischen industriellen Ökosystems, von etablierten europäischen Industriezweigen bis hin zu dynamischen KMU“. Die Frist zur Angebotsabgabe endet am 26.04.2023 um 16:00 Uhr.

<https://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:173193-2023:TEXT:DE:HTML&tabId=1>

F o r s c h u n g

Kommission; Mission Anpassung an den Klimawandel; Horizont Europa

Am 07.03.2023 hat die Kommission eine Liste der Gemeinden und Regionen in der EU veröffentlicht, die sich an der EU-Mission "Anpassung an den Klimawandel" beteiligen werden und bereits eine von der Kommission vorbereitete Erklärung (Missions-Charta) unterzeichnet haben. Von den insgesamt 301 Gebietskörperschaften kommen 284 aus 25 Mitgliedstaaten der EU sowie 17 weitere aus Ländern, die mit Horizont Europa assoziiert sind. Aus DEU sind 20 Gebietskörperschaften dabei. Drei hessische Kommunen haben erklärt, sich beteiligen zu wollen: Rüsselsheim, Bad Nauheim und Wettenberg. Die von der EU im Jahr 2021 ins Leben gerufene Mission hat das Ziel, mindestens 150 europäische Regionen und Gemeinschaften bei ihren Anstrengungen zu unterstützen, bis 2030 klimaresilient zu werden. Die Mission sieht ein kollaboratives und interdisziplinäres Vorschreiten unter Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürger vor Ort vor, damit die EU Fortschritte auf dem Weg zur Klimaneutralität macht. Mit der Mission „Anpassung an den Klimawandel“ sind von der Kommission auch in der Zukunft konkrete Förderausschreibungen vorgesehen. Ein Aspekt sind z.B. an die örtlichen Gegebenheiten angepasste Demonstrationsprojekte für den Schutz vor den größten klimabedingten Gefahren wie Überschwemmungen. Finanziert wird die Mission aus dem EU-Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa über eine eigene Budgetlinie.

https://research-and-innovation.ec.europa.eu/system/files/2023-03/ec_rtd_eu-climate-mission-meet-the-regions.pdf

Kommission; Innovationsökosysteme; Initiative Innovation Valleys

Die Kommission hat sich am 28.03.2023 mit einer Abfrage zu sog. Regionalen Innovationsvalleys (RIV) an die Regionen und Mitgliedstaaten (MS) gewandt. Ziel der Initiative RIV ist es, Innovationsökosysteme in der EU zu stärken und weiter zu entwickeln. Mit der Initiative soll das Potenzial von Deep-Tech-Innovationen auf lokaler und regionaler Ebene vorangebracht werden. Die Kommission hat sich das Ziel gesetzt, bis zu 100 Regionen zu identifizieren, die sich verpflichten, die Koordinierung und Ausrichtung ihrer Investitionen und Maßnahmen im Bereich Forschung und

Innovation auf regionaler Ebene zu verbessern und bei interregionalen Innovationsprojekten zusammenzuarbeiten, auch im Bereich der Hightech-Innovation. Die Kommission möchte bei der Initiative auf die einzelnen Strategien für intelligente Spezialisierung (RIS) der MS zurückgreifen. Interessensbekundungen sind von nun an möglich. Die Abfrage ist bis zum 18.09.2023 geöffnet. Die Kommission wird diese Initiative über Fördercalls im Rahmen der Europäischen Innovationsökosysteme (EIE) von Horizont Europa und der Interregionalen Innovativen Investitionen (I3) des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) flankieren. Mit einem Fokus auf der „Überwindung der Innovationskluff“ sollen künftig laut der Ankündigung der Kommission insgesamt 170 Mio. EUR bereitgestellt werden.

https://research-and-innovation.ec.europa.eu/news/all-research-and-innovation-news/call-expression-interest-regional-innovation-valleys-now-open-2023-03-28_en

Kommission; Horizont Europa; Partnerschaft Global Health; Agenda für 2023

Am 27.03.2023 hat die von der Kommission mitfinanzierte Initiative „Globale Gesundheitspartnerschaft“ (EDCTP3) Entwürfe von Förderausschreibungen für 2023 veröffentlicht. Dabei handelt es sich um die erste Aufforderung der Partnerschaft, die durch das Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa finanziert wird. EDCTP3 ist eine Partnerschaft zwischen der EU und der EDCTP-Gemeinschaft, deren Mitglieder europäische und afrikanische Länder sind. Ziel der Partnerschaft ist es, neue Lösungen zur Verringerung der Belastung durch Infektionskrankheiten in Afrika südlich der Sahara zu finden. Die Partnerschaft dient konkret der Beschleunigung der klinischen Entwicklung neuer oder verbesserter Gesundheitstechnologien zur Erkennung, Behandlung und Vorbeugung von armutsbedingten und vernachlässigten Infektionskrankheiten. Darüber hinaus finanziert die EDCTP Maßnahmen zum Aufbau von Forschungskapazitäten in Afrika, zur Unterstützung von Karrieren von Forschenden und zur Stärkung nationaler Gesundheitsforschungssysteme. EDCTP3 wird aktuell von der Kommission verwaltet. Ein spezielles gemeinsames Unternehmen (Joint Undertaking, JU) soll zur Durchführung der Partnerschaft bald gegründet werden. Die Regeln für die Finanzierung und die Förderungswürdigkeit entsprechen weitgehend denen der Projekte von Horizon Europe, allerdings mit einigen Ausnahmen: Ein wichtiger Unterschied ist die Förderfähigkeit von Konsortien, die sich aus mindestens drei Organisationen zusammensetzen müssen, von denen mindestens eine aus einem EU-Land oder einem assoziierten Land und wiederum eine aus Subsahara-Afrika stammen muss.

https://research-and-innovation.ec.europa.eu/system/files/2023-03/gh_edctp3_work-programme-2023-topics.pdf

Finanzdienstleistungen

EP: Geldwäschepaket – EP-Ausschüsse nehmen Berichte an

Die gemeinsam federführend zuständigen Ausschüsse für Wirtschaft und Währung (ECON) und für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) haben am 28.03.2023 die Berichte (Verhandlungsmandate) zu den drei zentralen Rechtsakten des Geldwäschepakets angenommen. Es handelt sich hierbei um die Geldwäscheverordnung, die Geldwäscherichtlinie und die Verordnung über die neu zu schaffende Europäische Geldwäschebehörde (Anti Money Laundering Authority, AMLA). Der vierte Rechtsakt des Pakets, die Novellierung der Geldtransferverordnung, wird getrennt behandelt. Die künftige Geldwäscheverordnung umfasst die direkt für die geldwäscherechtlichen Verpflichteten anwendbaren Vorschriften sowie die Transparenzpflicht für

Gesellschaften, Stiftungen und Vereine betreffend ihren wirtschaftlich Berechtigten. Die künftige Geldwäscherichtlinie regelt den nationalen Behördenaufbau und die grenzüberschreitende Behördenzusammenarbeit. Die Verordnung über die AMLA (AMLA-VO) wird Aufgaben, Befugnisse und Standort der künftigen europäischen Behörde regeln, die die geldwäscherechtlich relevantesten Finanzinstitute in der EU direkt überwachen soll. Die Kommission hatte ihre Vorschläge für das Geldwäschepaket am 20.07.2021 vorgelegt, der Rat hat seine Position zu den drei Rechtakten am 07.12.2023 festgelegt. Das EP wird seinen Standpunkt in einer noch für April 2023 geplanten Plenarsitzung final festlegen. Inhaltlich bringen die Ausschussbeschlüsse gegenüber den Vorschlägen der Kommission und dem Ratsstandpunkt eine Absenkung der identifizierungsfreien Barzahlungsobergrenze für Güterhändler von 10.000 auf 7.000 EUR. Außerdem sehen sie eine Erweiterung der Transparenzpflichten durch Einführung einer gewissen Vermögenstransparenz und Absenkung der Schwellenwerte für eine wirtschaftliche Berechtigung von derzeit 25% auf 15% Anteilsbesitz an einer Gesellschaft vor. Aufgrund eines zwischenzeitlich ergangenen EuGH-Urteils, wonach das EP über den Sitz europäischer Behörden mitzuentcheiden hat, enthält der Bericht zur AMLA-VO nun auch einen Kriterienkatalog zur Standortwahl. Zwischen dem Rat und dem Europäischen Parlament zeichnet sich unterdessen ein erheblicher Dissens darüber ab, ob das EP über die Festlegung der Kriterien hinaus auch über den konkreten Standort mitzuentcheiden hat. Für den AMLA-Sitz interessieren sich zwischenzeitlich 10 Mitgliedstaaten, darunter auch DEU mit Frankfurt am Main.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20230327IPR78511/new-eu-measures-against-money-laundering-and-terrorist-financing>

Finanzen

EuRH; Zeitplan für Berichts-Veröffentlichungen bis März 2024

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) hat am 04.04.2023 seine neuste Version des vorläufigen Zeitplans für die Veröffentlichung seiner Berichte von April 2023 bis März 2024 veröffentlicht. Der Zeitplan ist unverbindlich und wird vierteljährlich aktualisiert. Insbesondere stehen im Laufe des Jahres 2023 der Sonderbericht zur EU-Banken-Aufsicht, die Überprüfung der Digitalisierung der Verwaltung von EU-Mitteln sowie der Wirtschaftssteuerung und der Jahresbericht über das Haushaltsjahr 2022 an.

<https://www.eca.europa.eu/de/Pages/ecadefault.aspx>

Soziales

Europäischer Rat; Kernbotschaften des Dreigliedrigen Sozialgipfels

Am 22.03.2023 kamen auf dem Dreigliedrigen Sozialgipfel EU-Führungsspitzen und Sozialpartner zusammen. Das Hauptthema des Gipfels war es, Antworten auf Europas Herausforderungen im Bereich der Wettbewerbsfähigkeit zu finden. Erörtert wurde die Frage: „Wie kann Europa als Standort für industrielle Investitionen attraktiver werden und damit Wachstum und hochwertige Arbeitsplätze schaffen?“ Außerdem auf der Tagesordnung standen die Wiederherstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen, die Sicherstellung des notwendigen wettbewerbsorientierten Wandels in allen Industriesektoren und die Ermöglichung eines wirtschaftlich nachhaltigen und gerechten Übergangs. Ein weiteres Thema war das Europäische Jahr der Kompetenzen: hier ging es v.a. um die Deckung des Fachkräftebedarfs und das

Schließen der Lücke beim Zugang zu Qualifikationen und Qualifizierungsmaßnahmen. Zudem ging es darum, die Resilienz des Binnenmarktes zu stärken und eine ehrgeizige Handelsagenda zu verfolgen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/03/22/main-messages-from-the-tripartite-social-summit-22-march-2023/>

EP; Einheitliche Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis für Drittstaatsangehörige

Die MdEP des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) haben am 23.03.2023 das Verhandlungsmandat zum Vorschlag einer Neufassung der Richtlinie über ein einheitliches Verfahren zur Beantragung einer kombinierten Erlaubnis für Drittstaatsangehörige, sich im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats aufzuhalten und zu arbeiten, sowie über ein gemeinsames Bündel von Rechten für Drittstaatsarbeitnehmer, die sich rechtmäßig in einem Mitgliedstaat aufhalten, verabschiedet. Der Gesetzgebungsvorschlag sieht u.a. Erleichterungen bei Arbeitsplatzwechsel, Zeit für die Suche nach einem neuen Arbeitsplatz sowie eine max. Verfahrensdauer von 90 Tagen vor.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20230320IPR77911/meps-back-an-improved-single-work-and-residence-permit-for-non-eu-nationals>

EP; Lohntransparenz

Am 30.03.2023 nahm das EP neue Vorschriften für Lohntransparenz an. Vergütungsstrukturen müssen demnach auf geschlechtsneutralen Kriterien beruhen und so gestaltet sein, dass die Arbeitsbewertung und die berufliche Einstufung unabhängig vom Geschlecht erfolgen. Außerdem dürfen Stellenausschreibungen und Stellenbezeichnungen keine Rückschlüsse auf das Geschlecht zulassen und Einstellungsverfahren müssen diskriminierungsfrei sein. Hintergrund der neuen Vorschriften ist die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern. Innerhalb der EU verdienen Frauen für dieselbe Arbeit durchschnittlich 13% weniger als Männer. Sanktionen sollen dabei helfen, das Recht auf Informationen über die Entlohnung in der eigenen Beschäftigungskategorie durchzusetzen. Dazu zählen Geldstrafen für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, die den Vorgaben nicht entsprechen. Auch Geheimhaltungsklauseln zum Entgelt sind künftig verboten. Liegt das Lohngefälle über 5%, so müssen Unternehmen handeln.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20230327IPR78545/lohngefalle-parlament-nimmt-neue-regeln-fur-mehr-lohntransparenz-an>

Kommission; Europäisches Netzwerk der öffentlichen Arbeitsverwaltungen zu Qualifikationslücke

Das Europäische Netzwerk der öffentlichen Arbeitsverwaltungen (PES) veranstaltete am 30.03.2023 eine Konferenz zum Thema "Stärkung der Arbeitskräfte, Überbrückung der Qualifikationslücke". Diese befasste sich mit den rasch verändernden Qualifikationsanforderungen des europäischen Arbeitsmarktes. Zu den Teilnehmenden gehörten Vertreterinnen und Vertreter der öffentlichen Arbeitsverwaltungen, der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, der Gewerkschaften, der privaten Arbeitsvermittlungsdienste, der Anbieter von beruflicher Aus- und Weiterbildung, der NRO, der Wissenschaft, der Kommission, der EU-Agenturen und anderer internationaler Organisationen. Die Veranstaltung bot den Akteurinnen und Akteuren des Netzwerks aus ganz Europa die Möglichkeit, Ideen und Ansichten zu folgenden Themen auszutauschen: Wie kann der Qualifikationsbedarf des künftigen Arbeitsmarktes ermittelt und verstanden werden? Wie können Qualifikationen für den digitalen und grünen Wandel gefördert werden? Die Teilnehmenden waren sich einig, dass Öffentliche Arbeitsverwaltungen an Flexibilität gewinnen müssen. Zudem

betonten sie die Wichtigkeit von sozialen, fairen und gerechten Arbeitsmärkten. Die Unterstützung von Personen, die am weitesten vom Arbeitsmarkt entfernt sind, die sich in einer Übergangsphase befinden und von Drittstaatsangehörigen, erfordere eine verstärkte Kompetenzerfassung, -profilierung und -bewertung.

<https://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=89&furtherNews=yes&newsId=10423>

EP; Europäisches Jahr der Kompetenzen

Am 30.03.2023 billigte das EP das Ausrufen des Europäischen Jahres der Kompetenzen, das am 09.05.2023 beginnen soll. Das Europäische Jahr der Kompetenzen wird bis zum 08.05.2024 laufen und zielt darauf ab, Talente zu fördern, Qualifikationen zu verbessern und den Erwerb neuer Kompetenzen attraktiver zu gestalten. Dies soll dazu beitragen, hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen, Lücken und Qualifikationsdefizite in der EU zu schließen und die Arbeitskräfte in die Lage zu versetzen, das Potenzial des digitalen und grünen Wandels voll auszuschöpfen. Mehr Menschen aus benachteiligten Gruppen sollen in den Arbeitsmarkt integriert werden, darunter Frauen, junge Menschen, Menschen mit Behinderungen und Vertriebene, einschließlich Flüchtlingen aus der Ukraine. In diesem Zeitraum sollen auch Menschen aus Drittstaaten mit den in den EU-Mitgliedstaaten benötigten Kompetenzen angeworben werden, u.a. durch die Förderung von Lernangeboten wie Spracherwerb, Kompetenzentwicklung und Mobilität sowie durch die Erleichterung der Anerkennung von Qualifikationen.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20230327IPR78540/european-year-of-skills-boosting-eu-talent-and-job-creation-from-may-9>

Kommission; Jahresbericht zur EU-internen Arbeitsmobilität 2022

Die Kommission hat am 05.04.2023 den Jahresbericht 2022 über die Arbeitsmobilität innerhalb der EU veröffentlicht. Der Bericht zeigt Trends bei der Freizügigkeit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und ihren Familienangehörigen auf. Ungeachtet der Pandemie blieb die Zahl der EU-Bürgerinnen und -Bürger im erwerbsfähigen Alter, die in einem anderen Mitgliedstaat (MS) leben stabil. Die Zahl der Personen, die in einen anderen MS umziehen, ist jedoch aufgrund der pandemiebedingten Beschränkungen zurückgegangen. Mit dem Auslaufen der Pandemie wird erwartet, dass diese Zahlen wieder auf das Vor-Pandemie-Niveau zurückkehren werden. Je nach Region unterscheidet sich das Profil dieser Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erheblich. Der Bericht untersucht, wie die Mobilität mit den Beschäftigungszahlen in bestimmten Berufen zusammenhängt.

<https://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=89&furtherNews=yes&newsId=10545>

Gesundheit und Verbraucherschutz

Kommission; Verbraucherbarometer

Die Kommission veröffentlichte am 27.03.2023 das Verbraucherbarometer 2023, ein alle zwei Jahre erstellter Bericht zur Beobachtung des Konsumklimas in den EU-Mitgliedstaaten sowie Island und Norwegen. Zu den Kernaussagen des Verbraucherbarometers 2023 gehört, dass fast die Hälfte der Verbraucherinnen und Verbraucher (48%) besorgt war, ob es ihnen gelingt wird, Rechnungen bezahlen zu können, und eine große Mehrheit (71%) Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs zu Hause ergriffen hat. Darüber hinaus äußerte die überwiegende Mehrheit der Verbraucherinnen und Verbraucher Bedenken bzgl. ihrer Sicherheit im

Internet. Weiterhin gaben 94% der Befragten an, sie seien besorgt über gezielte Online-Werbung. Obwohl die überwiegende Mehrheit der Verbraucherinnen und Verbraucher der Ansicht ist, dass sie selbst mehr zum ökologischen Wandel und zur Bekämpfung des Klimawandels beitragen sollte, waren die Befragten in Bezug auf das Ausmaß, in dem die Umweltauswirkungen von Waren und Dienstleistungen ihre Entscheidungen beeinflussten, gespalten: 43% gaben an, dass sie bei ihren Kaufentscheidungen überhaupt nicht von Umweltbelangen beeinflusst würden

https://commission.europa.eu/document/89ea35fe-728f-4749-b95d-88544687583c_en

EP; Annahme der EU-Produktsicherheitsvorschriften

Am 30.03.2023 billigte das EP die mit dem Rat erzielte Einigung zur überarbeiteten Sicherheitsvorschriften für Verbraucherprodukte, die keine Lebensmittelerzeugnisse sind, mit 569 gegen 13 Stimmen ohne Enthaltungen. Die aktualisierte Verordnung soll dafür sorgen, dass Produkte in der EU den höchsten Sicherheitsanforderungen entsprechen, unabhängig davon, ob sie im Internet oder in herkömmlichen Geschäften verkauft werden. In der Verordnung sind dafür über die allgemeine Produktsicherheit entsprechende Maßnahmen für bessere Sicherheitsbewertungen vorgesehen. Weiterhin werden die Befugnisse der Marktüberwachungsbehörden gestärkt und klare Verpflichtungen für Anbieter von Online-Marktplätzen formuliert. Mit den umgestalteten Rechtsvorschriften soll außerdem die Effizienz von Produktrückrufverfahren verbessert werden.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20230327IPR78544/parlament-stimmt-fur-umgestaltete-eu-produktsicherheitsvorschriften>

Kommission; Konsultation zum nachhaltigen Konsum von Gütern

Die Kommission hat am 23.03.2023 die Konsultation zum Vorschlag für eine Richtlinie zum nachhaltigen Konsum von Gütern eröffnet. Diese läuft noch bis zum 25.05.2023. Mit der Richtlinie sollen Anreize und Instrumente geschaffen werden, die die Nutzungsdauer von Gütern verlängern. So soll die Reparatur und Wiederverwendung von Produkten gefördert werden. Hersteller sollen ermutigt werden, ihre Güter reparabel und länger nutzbar zu gestalten. Damit soll der Aufbau einer Kreislaufwirtschaft unterstützt werden.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13150-Nachhaltiger-Konsum-von-Gutern-Forderung-von-Reparatur-und-Wiederverwendung_de

EP; Unterausschuss für öffentliche Gesundheit

Der neue Unterausschuss für öffentliche Gesundheit (SANT) hat am 23.03.2023 in seiner konstituierenden Sitzung den MdEP Bartosz Arłukowicz (S&D/POL) zum Vorsitzenden sowie die vier stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Der Unterausschuss wird sich mit pharmazeutischen und kosmetischen Produkten, den gesundheitlichen Aspekten des Bioterrorismus, der Europäischen Arzneimittelagentur und dem Europäischen Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten befassen. Am 14.02.2023 billigte das EP die Einsetzung des Unterausschusses, der sich aus 30 Vollmitgliedern zusammensetzt. Der Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) ist weiterhin für die Prüfung von Legislativvorschlägen und die Abstimmung darüber zuständig.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20230320IPR77912/parliament-s-public-health-subcommittee-begins-work>

Kommission; Leitlinien zur Änderung der EU-Medizinprodukteverordnung

Anlässlich des Inkrafttretens der EU-Medizinprodukteverordnung (MDR) und Verordnung für In-vitro-Diagnostika (IVDR) am 20.03.2023 veröffentlichte die Kommission einen Leitfaden zur Handhabung der relevanten Änderungen. Neu ist eine Übergangsfrist für die Re-Zertifizierung von Bestandsprodukten bis Ende 2027 (für Produkte mit höherem Risiko) beziehungsweise Ende 2028 (für Produkte mit mittlerem bis geringem Risiko). Die Änderung der MDR und der IVDR soll ein hohes Maß an Schutz der öffentlichen Gesundheit gewährleisten, einschließlich der Patientensicherheit und der Vermeidung von Engpässen von Medizinprodukten, die für das reibungslose Funktionieren der Gesundheitsdienste benötigt werden. Dies soll jedoch nicht die Qualitäts- oder Sicherheitsanforderungen senken. Zu diesem Zweck wird den Herstellern und benannten Stellen mehr Zeit eingeräumt, um die Konformitätsbewertung von Produkten durchzuführen. Darüber hinaus zielt die Streichung des "Ausverkaufs"-Datums in der MDR und der IVDR darauf ab, die Entsorgung von sicheren Produkten zu verhindern. Um Unklarheiten zu klären, hat die Kommission nun Fragen und Antworten zu praktischen Aspekten im Zusammenhang mit der Durchführung der Änderungsverordnung in Bezug auf die Übergangsbestimmungen veröffentlicht.

https://health.ec.europa.eu/system/files/2023-03/mdr_proposal_extension-q-n-a.pdf

Rat; EU-Drogenagentur

Die SWE-Ratspräsidentschaft und das EP haben am 28.03.2023 eine vorläufige Einigung über einen Vorschlag für eine Verordnung über die EU-Drogenagentur erzielt. Mit dieser wird die bestehende Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht in eine vollwertige Agentur umgewandelt und ihre Rolle gestärkt. Die EU-Drogenagentur soll in die Lage versetzt werden, die Mitgliedstaaten zu unterstützen und zur Verbesserung der Situation auf internationaler Ebene beizutragen. Wohingegen die Sammlung, Analyse und Verbreitung von Daten weiterhin die Hauptaufgabe der Agentur sein wird, erhält sie ein erweitertes Mandat für unterschiedliche Bereiche z.B. die Bewertungen von Gesundheits- und Sicherheitsbedrohungen, Untersuchung von polyvalentem Drogenkonsum und die verstärkte Zusammenarbeit mit nationalen Knotenpunkten. Es wird ihr zudem möglich sein, ein Netzwerk von Laboratorien aufzubauen und evidenzbasierte Maßnahmen für die Sensibilisierung und die Ausgabe von Warnungen zu entwickeln. Die vorläufige Einigung muss noch vom Rat und vom EP gebilligt werden, bevor das förmliche Annahmeverfahren eingeleitet wird.

https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/03/28/eu-drugs-agency-council-presidency-and-european-parliament-agree-to-strengthen-the-agency-s-role/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=EU+Drugs+Agency:+Council+presidency+and+European+Parliament+agree+to+strengthen+the+agency%E2%80%99s+role

Kommission; Nichtumsetzung von EU-Rechtsvorschriften: Blei

Am 22.09.2022 veröffentlichte die Kommission eine Richtlinie für eine befristete Ausnahme der Beschränkung der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe. Blei ist einer der insgesamt zehn Stoffe, da der Zusatz von Blei technische und funktionelle Vorteile bietet. Daher beschloss die Kommission, die Verwendung von Blei für Kabel und Drähte von Medizinprodukten und Überwachungs- und Kontrollinstrumenten sowie für Bauteile, die in Magnetfeldern für bestimmte medizinische bildgebende Geräte verwendet werden, zu gestatten. Die Ausnahmeregelung soll am 30.06.2027 auslaufen. Die Ausnahmeregelung musste von den Mitgliedstaaten (MS) vor dem 28.02.2023 umgesetzt werden, um wirksam zu werden und gleiche Wettbewerbsbedingungen auf dem EU-Markt zu gewährleisten. Bislang haben sieben

MS keine nationalen Maßnahmen zur vollständigen Umsetzung der Richtlinie innerhalb der gesetzten Frist mitgeteilt und werden daher ein Aufforderungsschreiben erhalten. DEU hat die EU-Vorgaben bereits erfüllt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/inf_23_1768

Kommission; Nichtumsetzung von EU-Rechtsvorschriften: Drogen

Wie die Kommission am 17.03.2023 mitteilte, wurden mithilfe einer Richtlinie zwei neue psychoaktive Substanzen in der EU verboten: 3-MMC und 3-CMC. Diese beiden Stoffe sind aufgrund ihrer Toxizität lebensbedrohlich. Sie wurden nun in die Definition von Drogen des Rahmenbeschlusses des Rates über den illegalen Drogenhandel aufgenommen. Alle Mitgliedstaaten mussten diesen Rechtsakt in nationales Recht umsetzen und die Kommission bis zum 18.02.2023 informieren. Die NDL, POL und ROM hätten keine nationalen Maßnahmen zur Kontrolle von 3-MMC und 3-CMC mitgeteilt, so die Kommission. Sie erhalten daher ein Aufforderungsschreiben von der Kommission.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/inf_23_1768

EBDD; Bericht zu Zukunft der Drogenüberwachung

Am 31.03.2023 veröffentlichte die Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EBDD) einen Bericht über die Zukunft der Arzneimittelüberwachung in Europa bis 2030. Die Muster des Drogenkonsums und die Entwicklungen auf dem Drogenmarkt in Europa werden immer komplexer und dynamischer, was erhebliche Auswirkungen auf die Drogenüberwachung und -forschung hat. Diese Beobachtung hat die EBDD veranlasst, eine Zukunftsstudie 2030 durchzuführen, um die strategischen Überlegungen der Agentur darüber zu unterstützen, wie sie ihre Tätigkeiten angesichts der raschen Veränderungen im Informationsumfeld und des neuen Informationsbedarfs verbessern kann. Der Bericht zeigt folgende Megatrends auf, die die zukünftige Arbeit der EBDD beeinflussen werden: Beschleunigung des technologischen Wandels und Hyperkonnektivität, zunehmende Ungleichheiten, sich verändernde Herausforderungen im Gesundheitsbereich, Bevölkerungsentwicklung sowie Klimawandel und Umweltzerstörung.

https://www.emcdda.europa.eu/publications/technical-reports/future-drug-monitoring-europe-until-2030_en

EMA; Angepasste Antragsgebühren

Am 01.04.2023 traten angepasste Gebühren für alle Anträge bei der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA), mit Ausnahme der Pharmakovigilanzverfahren, in Kraft. Die Kommission erlässt jedes Jahr eine Verordnung zur Anpassung der an die Agentur zu entrichtenden Gebühren unter Berücksichtigung der Inflationsrate in der EU für das vorangegangene Jahr. Im Jahr 2022 betrug die Inflationsrate 10,4%. Die EMA hat nach der Verabschiedung der Änderung der Verordnung des Rates zwecks Anpassung der Gebühren der EMA an die Inflationsrate mit Wirkung vom 01.04.2023 alle Einzelheiten der überarbeiteten Gebühren veröffentlicht. Der Verwaltungsrat der Agentur hat auf seiner Sitzung im März 2023 über die Umsetzung der Verordnung entschieden. Die Gebühren für Pharmakovigilanzverfahren werden voraussichtlich im Laufe des Jahres 2023 um den entsprechenden Prozentsatz angepasst.

<https://www.ema.europa.eu/en/news/regulatory-information-adjusted-fees-applications-ema-1-april-2023>

EMA; Sitzung des Ausschusses für Humanarzneimittel

Vom 27.03.2023 bis zum 30.03.2023 tagte der Ausschusses für Humanarzneimittel (CHMP). Neun neue Medikamente wurden zur Zulassung empfohlen: der COVID-19-Impfstoff Bimervax sowie Briumvi, Omvoh, Pedmarqsi, Epysqli und Qialdo. Ebenso

drei Generika zur Vorbeugung von venösen Thromboembolien, für die Behandlung von Epilepsie und zur Aufhebung neuromuskulärer Blockaden. Der Ausschuss empfahl zudem sechs Indikationserweiterungen für Arzneimittel, die in der EU bereits zugelassen sind: Breyanzi, Entresto und sein Duplikat Neparvis, Tenkasi, Ultomiris und Wegovy.

<https://www.ema.europa.eu/en/news/meeting-highlights-committee-medicinal-products-human-use-chmp-27-30-march-2023>

Kommission; Förderaufrufe zu Umwelt und Gesundheit

Vom 30.03.2023 bis zum 19.09.2023 bzw. 11.04.2024 ruft die Kommission im Rahmen von Horizont Europa zur Einreichung von Vorschlägen zum Thema Umwelt und Gesundheit auf. Die Förderung zielt darauf ab, Forschung und Innovationen zu unterstützen, die die Rolle der Umweltverschmutzung (Luft-, Lärm- und Lichtverschmutzung sowie gefährliche Abfälle) bei nicht übertragbaren Krankheiten untersuchen. Der von der Kommission ausgearbeitete Europäische Green Deal erkennt an, dass die vom Menschen verursachte Umweltverschmutzung eine zunehmende Bedrohung für die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen darstellt.

<https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/opportunities/topic-search;callCode=HORIZON-HLTH-2024-ENVHLTH-02-two-stage;freeTextSearchKeyword=;matchWholeText=true;typeCodes=1;statusCodes=31094501,31094502,31094503;programmePeriod=null;programCcm2Id=null;programDivisionCode=null;focusAreaCode=null;destinationGroup=null;missionGroup=null;geographicalZonesCode=null;programmeDivisionProspect=null;startDateLte=null;startDateGte=null;crossCuttingPriorityCode=null;cpvCode=null;performanceOfDelivery=null;sortQuery=sortStatus;orderBy=asc;onlyTenders=false;topicListKey=callTopicSearchTableState>

Kommission; Förderaufrufe zu Krankheitsbekämpfung

Vom 26.04.2023 bis zum 11.09.2023 bzw. 11.04.2024 ruft die Kommission im Rahmen von Horizont Europa zur Einreichung von Vorschlägen zum Thema Krankheitsbekämpfung auf. Damit sollen Forschung und Innovationen zu folgenden Bereichen gefördert werden: Validierung von aus Flüssigkeiten gewonnenen Biomarkern für die Vorhersage und Prävention von Hirnleistungsstörungen; Bekämpfung von Krankheiten, die eine hohe Belastung für Patienten darstellen und zu wenig erforscht sind; Vergleichende Wirksamkeitsforschung für Gesundheitsmaßnahmen in Bereichen mit hohem Bedarf an öffentlicher Gesundheit und Bereitschaft und Reaktion auf Pandemien; Versuche mit einer adaptiven Plattform für die Pandemievorsorge.

<https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/opportunities/topic-search;callCode=HORIZON-HLTH-2024-DISEASE-03-two-stage;freeTextSearchKeyword=;matchWholeText=true;typeCodes=1;statusCodes=31094501,31094502,31094503;programmePeriod=null;programCcm2Id=null;programDivisionCode=null;focusAreaCode=null;destinationGroup=null;missionGroup=null;geographicalZonesCode=null;programmeDivisionProspect=null;startDateLte=null;startDateGte=null;crossCuttingPriorityCode=null;cpvCode=null;performanceOfDelivery=null;sortQuery=sortStatus;orderBy=asc;onlyTenders=false;topicListKey=callTopicSearchTableState>

Kommission; Förderaufrufe zu Werkzeugen und Technologien für eine gesunde Gesellschaft

Vom 30.03.2023 bis zum 11.09.2023 bzw. 11.04.2024 ruft die Kommission im Rahmen von Horizont Europa zur Einreichung von Vorschlägen zum Thema Werkzeuge und Technologien für eine gesunde Gesellschaft auf. Damit sollen Forschung und Innovation zu nicht auf Tieren basierenden Instrumenten und Strategien für die biomedizinische Forschung gefördert und vorangetrieben werden.

<https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/opportunities/topic-search;callCode=HORIZON-HLTH-2024-TOOL-05-two-stage;freeTextSearchKeyword=;matchWholeText=true;typeCodes=1;statusCodes=31094501,31094502,31094503;programmePeriod=null;programCcm2Id=null;programDivisionCode=null;focusAreaCode=null;destinationGroup=null;missionGroup=null;geographicalZonesCode=null;programmeDivisionProspect=null;startDateLte=null;startDateGte=null;crossCuttingPriorityCode=null;cpvCode=null;performanceOfDelivery=null;sortQuery=sortStatus;orderBy=asc;onlyTenders=false;topicListKey=callTopicSearchTableState>

Kommission; Förderaufrufe im Bereich Prävention

Vom 30.03.2023 bis zum 19.09.2023 bzw. 11.04.2024 ruft die Kommission im Rahmen von Horizont Europa zur Einreichung von Förderanträgen zum Thema Prävention auf. Damit sollen Forschung und Innovationen in folgenden Bereichen gefördert werden: Auf dem Weg zu einer ganzheitlichen Unterstützung der Gesundheits- und Pflegeversorgung von Kindern und Jugendlichen in einer zunehmend digitalen Gesellschaft und Personalisierte Prävention nicht übertragbarer Krankheiten - Aufgreifen von Bereichen mit ungedecktem Bedarf unter Verwendung mehrerer Datenquellen.

<https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/opportunities/topic-search;callCode=HORIZON-HLTH-2024-STAYHLTH-01-two-stage;freeTextSearchKeyword=;matchWholeText=true;typeCodes=1;statusCodes=31094501,31094502,31094503;programmePeriod=null;programCcm2Id=null;programDivisionCode=null;focusAreaCode=null;destinationGroup=null;missionGroup=null;geographicalZonesCode=null;programmeDivisionProspect=null;startDateLte=null;startDateGte=null;crossCuttingPriorityCode=null;cpvCode=null;performanceOfDelivery=null;sortQuery=sortStatus;orderBy=asc;onlyTenders=false;topicListKey=callTopicSearchTableState>

EMA; EU-Empfehlungen zu Grippeimpfstoff

Am 03.04.2023 veröffentlichte die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) Empfehlungen für die Influenzavirusstämme, die Impfstoffen zur Vorbeugung der saisonalen Grippe ab Herbst 2023 enthalten sollten. Jedes Jahr gibt die Ad-hoc-Arbeitsgruppe Influenza der EMA auf der Grundlage von Beobachtungen der Weltgesundheitsorganisation EU-Empfehlungen für die Zusammensetzung der saisonalen Grippeimpfstoffe heraus. Die Empfehlungen für die Grippesaison 2023-2024 wurden vom Ausschuss für Humanarzneimittel (CHMP) der EMA auf seiner Sitzung im März 2023 gebilligt. Influenzaviren verändern und entwickeln sich ständig weiter. Der regelmäßige Austausch der in den Grippeimpfstoffen enthaltenen Virusstämme ist daher notwendig, um die Wirksamkeit der Impfstoffe aufrechtzuerhalten. Die Agentur empfiehlt den Zulassungsinhabern, bis zum 12.06.2023 Anträge auf Änderung der Zusammensetzung von zentral zugelassenen saisonalen Grippeimpfstoffen einzureichen.

<https://www.ema.europa.eu/en/news/eu-recommendations-2023-2024-seasonal-flu-vaccine-composition>

ECDC; Überwachung von Infektionskrankheiten

Als Fortsetzung früherer mehrjähriger Überwachungsstrategien hat das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) am 04.04.2023 einen neuen langfristigen Überwachungsrahmen veröffentlicht. Dieser legt konkrete Ziele, Maßnahmen, Vorgaben und Meilensteine für die Überwachung von Infektionskrankheiten in der EU bis 2027 fest. Er konzentriert sich auf innovative Maßnahmen zur Überwachung mehrerer Infektionskrankheiten, um die öffentliche Gesundheit und die wissenschaftliche Nutzung und Wirkung von Überwachungsdaten zu verbessern. Im Einklang mit der Gesamtstrategie des ECDC zielt der neue Überwachungsrahmen auf die Förderung von Standards, die Überbrückung der Kluft zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis, die Bereitstellung maßgeschneiderter Unterstützung für die Mitgliedstaaten, die Nutzung technologischer Innovationen und eine breit angelegte Zusammenarbeit mit Partnern und Interessengruppen ab.

<https://www.ecdc.europa.eu/en/news-events/way-forward-eueea-surveillance-infectious-diseases>

OSHA; Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit im Gastgewerbe

Am 31.03.2023 hat die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (OSHA) einen Bericht über Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit im Gastgewerbe veröffentlicht. Die Risiken für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit in dieser Branche seien vielfältig, die Zahl der regelmäßig durchgeführten Gefährdungsbeurteilungen in dieser Branche läge jedoch unter dem EU-Durchschnitt. Der Bericht enthält eine eingehende Analyse der Ergebnisse der ESENER-Erhebung für die Branche sowie eine Literaturrecherche und Ergebnisse von Befragungen der sektoralen Sozialpartner. Auf dieser Grundlage umfasst er branchenspezifische Maßnahmen zur Verbesserung des Risikomanagements im Gastgewerbe, Empfehlungen für die Politik sowie eine Analyse der Auswirkungen von COVID-19.

<https://osha.europa.eu/de/highlights/managing-osh-accommodation-and-food-service-sectors>

EMA; Regelung für vorrangige Arzneimittel (PRIME)

Wie die EU-Arzneimittelagentur (EMA) am 04.04.2024 mitteilte, führte sie eine Reihe neuer Funktionen in das Priority Medicines (PRIME)-Programm ein, um die Entwicklung von Arzneimitteln in Bereichen mit ungedecktem medizinischen Bedarf stärker zu unterstützen. Um die frühzeitige wissenschaftliche und regulatorische Unterstützung für vielversprechende Arzneimittel zu optimieren, wird für jede PRIME-Entwicklung eine Roadmap sowie ein Produktentwicklungs-Tracker erstellt. In einem 12-monatigen Pilotprojekt, das bis März 2024 läuft, kann nun eine beschleunigte wissenschaftliche Beratung speziell für PRIME-Entwicklungen angeboten werden. Die letzte Neuerung sind die Treffen zur Vorbereitung der Einreichung, die etwa ein Jahr vor der Einreichung eines Zulassungsantrags mit den Entwicklern von PRIME-Arzneimitteln stattfinden werden. All diese Initiativen zielen darauf ab, die Erstellung robuster und relevanter Nachweise für die Bewertung eines Zulassungsantrags zu erleichtern und zu beschleunigen, so dass die Patientinnen und Patienten früher Zugang zu innovativen Behandlungen erhalten.

<https://www.ema.europa.eu/en/news/new-features-further-strengthen-priority-medicines-scheme-prime>

ECDC; Impfkampagne zum Schutz älterer Menschen

Am 05.04.2023 veröffentlichte das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) vorläufige Überlegungen zur öffentlichen Gesundheit für die Einführung der COVID-19-Impfung im Jahr 2023. Um die Auswirkungen von COVID-19 und die damit verbundenen Krankenhausaufenthalte und Sterblichkeitsfälle zu verringern, sollten die Mitgliedstaaten eine weitere Einführung von COVID-Impfstoffen im Jahr 2023 planen. Unter der Annahme einer sehr hohen Durchimpfungsrate wird erwartet, dass die Kombination eines Impfprogramms für Menschen ab 60 Jahren im Herbst 2023 mit einer Impfkampagne für Menschen ab 80 Jahren im Frühjahr 2023 bis zu 44% der COVID-19-bedingten Krankenhauseinweisungen verhindern kann. Die Bemühungen sollten sich auf den Schutz älterer Erwachsener und anderer gefährdeter Gruppen konzentrieren, wie z. B. Menschen mit zugrundeliegenden Erkrankungen und immungeschwächte Personen, unabhängig von ihrem Alter.

<https://www.ecdc.europa.eu/en/news-events/autumn-vaccination-campaigns-focused-older-age-groups-and-other-high-risk-populations>

U m w e l t

Rat; Annahme der Verordnung über CO2-Emissionen für neue Pkw und leichte Nutzfahrzeuge

Der Rat nahm am 28.03.2023 die Verordnung zur Festlegung strengerer CO2-Emissionsnormen für neue Pkw und leichte Nutzfahrzeuge an. Diese sieht vor, die Zielvorgaben zur Verringerung der CO2-Emissionen der Neuwagenflotte bis 2030 auf 55% für Pkw und auf 50% für leichte Nutzfahrzeuge anzuheben. Außerdem wird für 2035 für neue Pkw und leichte Nutzfahrzeuge ein Ziel zur Reduzierung der CO2-Emissionen um 100% eingeführt. Die Kommission wird nach einer Konsultation der Interessengruppen einen Vorschlag für die Zulassung nach 2035 von Fahrzeugen, die ausschließlich mit CO2-neutralen Kraftstoffen betrieben werden, vorlegen. Diese Verordnung war Teil des „Fit for 55“-Pakets und dient der Umsetzung des EU-Klimaziels für 2030.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/03/28/fit-for-55-council-adopts-regulation-on-co2-emissions-for-new-cars-and-vans/>

Rat; Annahme der Lastenteilungsverordnung

Der Rat nahm am 28.03.2023 die Überarbeitung der Lastenteilungsverordnung (ESR) an. Diese legt für jeden Mitgliedstaat (MS) verbindliche jährliche Reduktionen der Treibhausgasemissionen für die nicht vom Emissionshandel abgedeckten Bereiche (Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft, kleine Industrieanlagen und die Abfallwirtschaft) fest und regelt derzeit etwa 60% aller EU-Emissionen. Mit der Überarbeitung der Verordnung wird der Zielwert für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen bis 2030 auf EU-Ebene von 30% auf 40% gegenüber dem Stand von 2005 angehoben, wobei zum ersten Mal alle MS ihre Treibhausgasemissionen reduzieren müssen, variierend zwischen 10 bis 50%. Die Werte pro MS basieren auf dem Pro-Kopf-BIP und der Kostenwirksamkeit. Diese Verordnung war Teil des „Fit for 55“-Pakets und dient der Umsetzung des EU-Klimaziels für 2030.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/03/28/fit-for-55-package-council-adopts-regulations-on-effort-sharing-and-land-use-and-forestry-sector/>

Rat; Annahme des Beitrags des Landsektors zum Klimaschutzziel

Der Rat nahm am 28.03.2023 die Überarbeitung der Verordnung über Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF) an, die darauf abzielt, die natürliche Kohlenstoffspeicherung zu verbessern, um die EU bis 2050 klimaneutral zu machen. Die Leistung des Bereichs Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft als Kohlenstoffsenke soll bis 2030 auf 310 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent erhöht werden, was etwa eine 15%ige Steigerung im Vergleich zur aktuellen Situation bedeutet. Zum ersten Mal wurde der Grundsatz angenommen, dass alle Mitgliedstaaten (MS) ihre Kohlenstoffsinken vergrößern sollten, wobei für jeden MS ein verbindliches Ziel für 2030 festgelegt wurde. Das jeweilige Ziel wird auf der Grundlage der jüngst abgebauten und ausgestoßenen CO₂-Mengen sowie ausgehend von dem Potenzial für eine weitere Erhöhung des Abbaus festgelegt. Die MS können bei der Erreichung der Ziele Flexibilität nutzen, einschließlich der Möglichkeit, überschüssige Emissionsrechte aus dem Bereich der Lastenteilung zu nutzen, oder überschüssige LULUCF-Gutschriften zu verwenden, die von anderen MS erzeugt und verkauft werden. Diese Verordnung war Teil des „Fit for 55“-Pakets und dient der Umsetzung des EU-Klimaziels für 2030.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/03/28/fit-for-55-package-council-adopts-regulations-on-effort-sharing-and-land-use-and-forestry-sector/>

Rat; Annahme der Marktstabilitätsreserve für das Emissionshandelssystem

Der Rat nahm am 28.03.2023 die Änderung des Beschlusses (EU) 2015/1814 in Bezug auf die Menge der Zertifikate, die bis 2030 in die Marktstabilitätsreserve für das System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Union einzustellen sind, an. Ziel der Änderung ist es, die derzeit verdoppelte Einstellungsrate von 24% und die Mindestmenge der in die Reserve einzustellenden Zertifikate von 200 Millionen bis zum 31.12.2030, dem Ende von Phase IV des EU-EHS, beizubehalten. Der Beschluss über die Marktstabilitätsreserve ist im Rahmen des Pakets „Fit für 55“ überarbeitet worden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/03/28/fit-for-55-council-adopts-decision-on-market-stability-reserve/>

EP; Rat, Annahme der Standpunkte zur Überarbeitung der Regulierung fluorierter Treibhausgase

Das EP nahm am 30.03.2023 seinen Standpunkt zur Überarbeitung des EU-Rechtsrahmens für Emissionen fluorierter Gase (F-Gase) des Berichterstatters Bas Eickhout (NDL, GRÜNE) mit 426 Ja-Stimmen, 109 Nein-Stimmen und 52 Enthaltungen an. Die Abgeordneten fordern einen beschleunigten Rückgang der Nutzung von teilhalogenierten Fluorkohlenwasserstoffen auf dem EU-Markt ab 2039 und einen vollständigen Ausstieg bis 2050. Um die Einführung klimafreundlicher Lösungen zu fördern, wollen die Abgeordneten die Anforderungen an das Inverkehrbringen von Produkten, die F-Gase enthalten, auf dem EU-Binnenmarkt verschärfen. Der Bericht enthält spezifische Ausstiegsdaten für die Verwendung von F-Gasen in Sektoren, in denen es technisch und wirtschaftlich machbar ist, auf Alternativen umzusteigen, wie z.B. bei Kühlgeräten, Klimaanlage, Wärmepumpen und elektrischen Schaltanlagen. Die Abgeordneten fordern außerdem eine bessere Überwachung des illegalen Handels mit F-Gasen. Am 05.04.2023 verabschiedete auch der Rat seine Verhandlungsposition zur Regulierung von F-Gasen. Das von den Mitgliedstaaten vereinbarte Verhandlungsmandat ändert unter anderem den Zeitplan für den Ausstieg im Vergleich zum Vorschlag der Kommission. So soll eine Reihe von Verboten verschoben werden (vor allem für Wärmepumpen sowie für Hochspannungsschaltanlagen). Darüber hinaus fügte der Rat eine Sicherheitsklausel

ein, die es der Kommission ermöglicht, durch delegierte Rechtsakte eine begrenzte Anzahl zusätzlicher Quoten freizugeben, falls die vorgeschlagenen Verbote die Erreichung des im Rahmen von REPowerEU geforderten Ziels für den Einsatz von Wärmepumpen gefährden sollten. Der Rat hat außerdem vorgeschlagen, den Preis für die Zuteilung von HFKW-Quoten von 3 EUR auf 2 EUR zu senken. Die Verhandlungen der beiden Institutionen für eine Einigung zum Thema können nun aufgenommen werden.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20230327IPR78543/fluorinated-gases-reinforced-eu-action-to-cut-emissions>

https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/04/05/fluorinated-gases-and-ozone-depleting-substances-member-states-ready-to-negotiate-with-parliament/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Fluorinated+gases+and+ozone+depleting+substances:+member+states+ready+to+negotiate+with+Parliament

Kommission; Konsultation zur Vereinfachung und Digitalisierung der Kennzeichnung von Chemikalien

Am 03.04.2023 eröffnete die Kommission eine Konsultation zu ihrem Vorschlag zur Vereinfachung und Digitalisierung der Kennzeichnungsvorschriften für bestimmte Chemikalien. Ziel ist es, wesentliche Informationen über Chemikalien besser zu kommunizieren und dadurch die negativen Wirkungen gefährlicher Chemikalien auf die Gesundheit und die Umwelt zu verringern. Zur Umsetzung dieser Ziele sollen im Rahmen dieser Initiative Kennzeichnungsvorschriften für einige Kategorien von Chemikalien und chemischen Erzeugnissen vereinfacht und gestrafft werden. Ferner soll eine digitale Kennzeichnung zum Einsatz kommen. Dies soll auch dazu beitragen, die Kosteneffizienz und die Wettbewerbsfähigkeit der chemischen Industrie in der EU insgesamt zu steigern. Rückmeldungen sind bis zum 29.05.2023 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12992-Chemikalien-Vereinfachung-und-Digitalisierung-der-Kennzeichnungsvorschriften_de

Kommission; Reaktion auf die europäische Bürgerinitiative „Bienen und Bauern retten!“

Am 05.04.2023 reagierte die Kommission auf die europäische Bürgerinitiative „Bienen und Bauern retten! Eine bienenfreundliche Landwirtschaft für eine gesunde Umwelt“. Die Kommission erkennt die Bedeutung der Initiative an und geht auf die wachsenden Herausforderungen für die Landwirtschaft und die Ernährungssicherheit durch den Klimawandel, die Umweltverschmutzung und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein. Der Erfolg der Bürgerinitiative sei ein deutliches Zeichen für die breite öffentliche Unterstützung für Maßnahmen zugunsten von Bestäubern, der biologischen Vielfalt und nachhaltiger Landwirtschaft. Die Kommission legt allerdings keine neuen Vorschläge vor, sondern fordert Rat und EP auf, die bereits vorgelegten Gesetzesvorschläge in diesem Bereich zügig und ohne Abstriche zu verabschieden. Der Vorschlag für die Verordnung über nachhaltige Verwendung von Pestiziden und der Vorschlag für eine Regulierung zur Wiederherstellung der Natur decken laut Kommission gemeinsam die Forderungen der Initiative ab und hätten das Potenzial, eine Trendumkehr für die Erhaltung der Bestäuber zu bewirken.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_23_2084

Rat; Verabschiedung der Position zu ozonschädigenden Substanzen

Am 05.04.2023 verabschiedete der Rat seine Verhandlungsposition zur Regulierung ozonschädigender Substanzen. Das von den Mitgliedstaaten vereinbarte Verhandlungsmandat hält an den Grundsätzen des Vorschlags der Kommission fest, bringt jedoch einige Änderungen mit sich. So sieht der Rat vor, den

Verwaltungsaufwand zu verringern, indem die Bestimmungen über wesentliche Labor- und Analysezwecke angepasst werden, während die Registrierungspflicht beibehalten wird, um eine Zunahme betrügerischer Praktiken zu vermeiden. Der Rat fügte Klarstellungen hinzu, wie z.B. eine zeitliche Begrenzung der Ein- und Ausfuhren von zurückgewonnenen, recycelten oder aufgearbeiteten Halonen für kritische Verwendungszwecke. Der Rat hat auch bestimmte Verwendungszwecke von Halonen, die für die nationale Sicherheit wesentlich sind, in die Liste der kritischen Verwendungszwecke aufgenommen.

https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/04/05/fluorinated-gases-and-ozone-depleting-substances-member-states-ready-to-negotiate-with-parliament/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Fluorinated+gases+and+ozone+depleting+substances:+member+states+ready+to+negotiate+with+Parliament

Landwirtschaft

Kommission; Aufruf für Bewerbungen für EU-Bio-Preise

Die Kommission veröffentlichte am 27.03.2023 einen Aufruf zur Einreichung von Bewerbungen für die zweite Ausgabe der EU-Bio-Preise. Die Bewerbungsfrist läuft am 14.05.2023 aus. Mit den Preisen sollen Akteure innerhalb der Wertschöpfungskette ausgezeichnet werden, die ein innovatives, nachhaltiges und inspirierendes Projekt entwickelt haben, das zu einem echten Mehrwert für die ökologische Lebensmittelproduktion und den Verbrauch führt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEX_23_1924

Kommission; Bericht zu den EU-Agrarmärkten

Am 30.03.2023 veröffentlichte die Kommission einen Bericht über die EU-Agrarmärkte, der einen detaillierten Überblick über die neuesten Trends und Aussichten für eine Reihe von Agrar- und Ernährungssektoren gibt. In diesem wird deutlich, dass die negativen Auswirkungen des russischen Einmarsches in die Ukraine weiterhin die Agrarmärkte und die Kaufentscheidungen der Verbraucherinnen und Verbraucher belasten. Der Bericht besagt weiterhin, dass der Rückgang der Energieinflation eine Entlastung bei den Betriebsmittelpreisen bringen könnte. Die Lebensmittelinflation sei jedoch nach wie vor beträchtlich, die durchschnittlichen Lebensmittelpreise in der EU sind im Februar 2023 um 19,5% höher als im Februar 2022. Die Lebensmittelpreise würden voraussichtlich noch eine Weile auf hohem Niveau bleiben, bevor sie wieder sinken. Weiterhin würden wetter- und kostenbedingte Produktionsbeschränkungen sowie Tierseuchen zur Unsicherheit über die Aussichten der EU-Viehproduktion beitragen. Die makroökonomische Prognose des Berichts für die EU ist jedoch positiver als im Herbst 2022.

https://agriculture.ec.europa.eu/news/short-term-outlook-report-war-ukraine-continues-impact-eu-farmers-2023-03-30_de

Kommission; Konsultation zur Eindämmung von Popillia japonica

Am 03.04.2023 hat die Kommission eine Konsultation zum Vorschlag einer Durchführungsverordnung zur Eindämmung und Bekämpfung von Popillia japonica (Japankäfer) veröffentlicht. Der Konsultationszeitraum läuft noch bis zum 01.05.2023. Mit dieser Initiative sollen konkrete Maßnahmen festgelegt werden, die die Ausrottung bzw. Eindämmung des Schädling ermöglichen zum Ziel haben.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13800-Measures-related-to-Popillia-japonica_de

Kommission; Konsultation zur Liste der Drittländer zur Einfuhr ökologischer Erzeugnisse

Am 31.03.2023 hat die Kommission eine Konsultation zur Aktualisierung der Verzeichnisse anerkannter Drittländer und Kontrollstellen zur Einfuhr ökologischer/biologischer Erzeugnisse veröffentlicht. Die EU führt ökologische/biologische Erzeugnisse nur anhand eines genehmigten Verzeichnisses der anerkannten Drittländer und anhand eines Verzeichnisses der anerkannten Kontrollbehörden und Kontrollstellen ein. Mit dieser Durchführungsverordnung sollen diese genehmigten Listen mit weiteren Kontrollorganen erweitert werden. Auch sollen bestimmte Organe und Länder von den Listen entfernt oder Adressen angepasst werden. Rückmeldungen sind bis zum 28.04.2023 möglich.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13766-Einfuhr-von-okologischen-biologischen-Erzeugnissen-erkannte-Dritlander-und-Kontrollstellen-Aktualisierung-der-Verzeichnisse-de>

J u s t i z

EuGH; Generalanwalt: Keine Strafe für VW in ITL aufgrund des “Dieselgate”

Der Generalanwalt am EuGH Campos Sánchez-Bordona hat am 30.03.2023 seine Schlussanträge in der Rechtssache C-27/22 (Volkswagen Group Italia S.p.A., Volkswagen Aktiengesellschaft gegen Autorità Garante della Concorrenza e del Mercato) vorgelegt. Darin vertritt er die Auffassung, dass Volkswagen (VW) in ITL nicht wegen des "Dieselgate" sanktioniert werden könne, nachdem das Unternehmen in DEU bereits sanktioniert worden ist. Zwar sei eine Einschränkung vom Grundsatz „ne bis in idem“ (Verbot der Doppelbestrafung) grundsätzlich denkbar, jedoch nur, wenn bei der Kumulierung gleichzeitig geführter Verfahren und der Verhängung von Sanktionen durch nationale Behörden zweier oder mehr Mitgliedstaaten mit unterschiedlichen Zuständigkeitsbereichen eine ausreichende Koordinierung erfolgt sei. Diese Koordinierung scheine es im vorliegenden Fall nicht gegeben zu haben, so der Generalanwalt.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=272083&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=430967>

Kommission; Verordnung zur Übertragung von Strafverfahren geplant

Die Kommission hat am 05.04.2023 einen Vorschlag für eine Verordnung über die Übertragung von Strafverfahren zwischen den Mitgliedstaaten angenommen. Hintergrund ist, dass infolge der zunehmenden grenzüberschreitenden Kriminalität oftmals mehrere Mitgliedstaaten für die Strafverfolgung in einem Fall zuständig sind. Zwar würden schon jetzt Strafverfahren übertragen, dabei komme aber eine Vielzahl unterschiedlicher Rechtsinstrumente zur Anwendung. Parallele oder mehrfache Strafverfolgungen könnten ineffizient und unwirksam sein, aber möglicherweise auch die Rechte der betroffenen Personen beeinträchtigen, da eine Person wegen derselben Straftat nicht zweimal strafrechtlich verfolgt oder bestraft werden darf (sog. Ne-bis-in-idem-Grundsatz – Verbot der Doppelbestrafung). Der Verordnungsvorschlag soll zur Vermeidung von Mehrfachverfahren und Fällen von Straflosigkeit beitragen, in denen die Übergabe auf der Grundlage eines Europäischen Haftbefehls abgelehnt wird. Darüber hinaus soll durch die geplante Neuregelung gewährleistet werden, dass ein Strafverfahren in dem Mitgliedstaat durchgeführt wird, der am besten dafür geeignet ist, z.B. in dem Staat, in dem der Hauptteil der Straftat begangen wurde. Die gemeinsamen Regeln sollen nach den Plänen der Kommission Folgendes umfassen:

eine Liste gemeinsamer Kriterien für die Übertragung von Verfahren sowie der Gründe für die Ablehnung der Übertragung, eine Frist für die Entscheidung über die Übertragung eines Verfahrens, Vorschriften zu den Übersetzungskosten und den Auswirkungen der Übertragung von Verfahren, Pflichten hinsichtlich der Wahrung der Rechte der Verdächtigen und beschuldigten Personen sowie der Opfer sowie Vorschriften für die Nutzung grenzüberschreitender digitaler Kanäle für die Kommunikation zwischen den zuständigen Behörden. Um die Effizienz des Übertragungsverfahrens zu verbessern, regelt die vorgeschlagene Verordnung auch die Zuständigkeit in bestimmten Fällen. Dadurch soll die Gesamtkohärenz der Rechtsvorschriften gewährleistet, mehr Rechtssicherheit geschaffen und schließlich die Zahl der erfolgreich übertragenen Strafverfahren erhöht werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_2107

I n n e r e s

EuGH; Kriminelle Vereinigungen können in mehreren MS verfolgt werden

Der EuGH hat am 23.03.2023 sein Urteil in der Rechtssache C-365/21 (MR gegen Generalstaatsanwaltschaft Bamberg) verkündet. Darin kommt er zu dem Ergebnis, doch eine Ausnahme vom Prinzip ne bis in idem (Verbot der Doppelbestrafung) aus dem Schengener Durchführungsübereinkommen (SDÜ) möglich ist, wenn die dem ausländischen Urteil zugrundeliegende Tat eine gegen die Sicherheit des Staates gerichtete Straftat ist. Art. 55 I lit. b des SDÜ verstößt nach Ansicht des EuGH nicht gegen Art. 50 EU-Grundrechtecharta. Der Wesensgehalt des Grundsatzes sei gewahrt, da in einem solchen Fall der nationalen Sicherheit zwangsläufig andere Ziele verfolgt würden als in dem Mitgliedstaat (MS), wo die betroffene Person bereits verurteilt worden sei.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=271742&pageIndex=0&doclang=de&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=12483>

EP; Visaliberalisierung mit dem Kosovo

Am 23.03.2023 hat der EP-Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) ein Abkommen mit dem Kosovo über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte gebilligt. Der Ausschuss gab grünes Licht für die endgültige Verabschiedung der Rechtsvorschriften, die es Bürgerinnen und Bürgern aus dem Kosovo ermöglichen, für einen Zeitraum von bis zu 90 Tagen innerhalb eines 180-Tage-Zeitraums ohne Visum in die EU zu reisen - und EU-Bürgerinnen und -Bürgern, in den Kosovo zu reisen. Die Visumbefreiung würde in Kraft treten, sobald das Europäische Reiseinformations- und -Genehmigungssystem (ETIAS) eingerichtet ist, auf jeden Fall aber bis 2024.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20230320IPR77910/visa-liberalisation-with-kosovo-civil-liberties-committee-supports-agreement>

Kommission; Evakuierung ukrainischer Patientinnen und Patienten

Um ukrainische Krankenhäuser zu entlasten, koordiniert die EU seit mehr als einem Jahr regelmäßige medizinische Evakuierungen ukrainischer Patientinnen und Patienten, seien sie chronisch krank oder durch den Krieg verletzt. Wie die Kommission am 23.03.2023 mitteilte, wurden bis dato mehr als 2.000 ukrainische Patientinnen und Patienten im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens zur Behandlung in Krankenhäuser in ganz Europa verlegt. Die Patientinnen und Patienten wurden zur Behandlung in Krankenhäuser in 20 europäischen Staaten verlegt, darunter auch DEU.

https://civil-protection-humanitarian-aid.ec.europa.eu/news-stories/news/ukraine-2000-ukrainian-patients-transferred-european-hospitals-start-war-2023-03-23_en

Kommission; 1,3 Milliarden Euro für digitalen Wandel und Cybersicherheit

Die Kommission hat am 24.03.2023 bekanntgegeben, dass sie plant fast 1,3 Mrd. EUR für zwei mehrjährige Arbeitsprogramme für das Programm „Digitales Europa“ bereitzustellen. Ziel ist es, die technologische Souveränität Europas zu stärken und digitale Lösungen für öffentliche Verwaltungen und Unternehmen zu entwickeln. Für das Hauptarbeitsprogramm ist eine Ausstattung von 909,5 Mio. EUR für den Zeitraum 2023-2024 vorgesehen. Mit ihm sollen Projekten realisiert werden, die digitale Technologien wie Supercomputer, Daten, Künstliche Intelligenz, Cloud und fortgeschrittene digitale Kompetenzen nutzen. Daneben startet die Kommission für den gleichen Zeitraum ein Arbeitsprogramm mit Schwerpunkt Cybersicherheit. Vorgesehen ist hier eine Ausstattung von 375 Mio. EUR. Intention ist eine Stärkung der kollektiven Resilienz der EU gegen Cyberbedrohungen. Verantwortlich für die Umsetzung soll das Europäische Kompetenzzentrum für Cybersicherheit (ECCC) in Bukarest sein. Die ersten Ausschreibungen für die Arbeitsprogramme sollen noch in diesem Frühjahr veröffentlicht werden. Adressaten sind Unternehmen, öffentliche Verwaltungen und andere Einrichtungen aus den Mitgliedstaaten, den EFTA/EWR-Ländern und den mit dem Programm "Digitales Europa" assoziierten Ländern. Bei einer Vielzahl der Projekte ist zudem eine Kofinanzierungsrate von 50% vorgesehen.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/europaische-kommission-investiert-13-milliarden-euro-digitalen-wandel-und-cybersicherheit-2023-03-24_de

Europol; Bericht zu Gefahren von ChatGPT

Das Innovation Lab des Europäischen Polizeiamts (Europol) hat am 27.03.2023 bekanntgegeben, dass es eine Reihe von Workshops durchgeführt hat, in denen untersucht wurde, wie sog. „große Sprachmodelle“ wie ChatGPT von Kriminellen missbraucht werden könnten. Die Ergebnisse sind in einem umfassenden Bericht zusammengefasst, der laut Europol das Bewusstsein für den potenziellen Missbrauch derartiger Sprachmodelle schärfen soll. Zudem solle ein Beitrag geleistet werden, um einen Dialog mit Unternehmen im Bereich KI zu eröffnen und ihnen zu helfen, stärkere Schutzmaßnahmen einzubauen sowie die Entwicklung sicherer und vertrauenswürdiger KI-Systeme zu fördern. Im Kern wurden drei zentrale Herausforderungen identifiziert. Zum einen bestehe Gefahr, dass Modelle wie ChatGPT für Betrug und Social Engineering missbraucht würden. Die Fähigkeit von ChatGPT, sehr realistische Texte zu verfassen, mache es zu einem potenziellen Werkzeug für Phishing-Zwecke. So könnte die realistische Nachbildung bestimmter Sprachmuster von Personen „in großem Umfang missbraucht werden“, um das Vertrauen potenzieller Opfer zu gewinnen. Außerdem könne auch der Bereich Desinformation betroffen sein. Laut Europol sei das Sprachmodell dazu in der Lage, in kürzester Zeit authentisch klingende Texte zu produzieren. Mit geringem Aufwand sei es so möglich, Nachrichten zu erstellen und zu verbreiten, die ein bestimmtes Narrativ widerspiegeln, weshalb das Modell „ideal“ für Desinformation sei. Gefahren sieht Europol zudem auch im Bereich Cyberkriminalität. Da Chat-GPT Code in einer Reihe verschiedener Programmiersprachen erzeugen könne, sei es für potenzielle Kriminelle mit geringem technischem Wissen eine „unschätzbare Ressource“, um bösartigen Code zu erzeugen.

<https://www.europol.europa.eu/publications-events/publications/chatgpt-impact-of-large-language-models-law-enforcement>

EP; LIBE verabschiedet Verhandlungsmandate für Asyl- und Migrationspaket

Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) des EP hat am 28.03.2023 Verhandlungsmandate zu Legislativvorschlägen aus dem EU-Asyl- und Migrationspaket angenommen. Mit den geplanten Rechtsakten soll das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) in seiner Gesamtheit reformiert werden. Konkret wurden die Verhandlungsmandate für folgende vier Legislativvorschläge durch den Ausschuss angenommen: die Screening-Verordnung über Screeningverfahren von Migranten in Transiteinrichtungen in Grenznähe; die Asyl- und Managementverordnung als Nachfolgeregelung der Dublin-III-Verordnung; die Krisenverordnung über die Ausweitung von beschleunigten Asylverfahren in Fällen von Krisen und die neue Asylverfahrensverordnung, durch welche das Asyl- und Rückführungsverfahren in den Mitgliedstaaten festlegt und harmonisiert werden soll.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20230327IPR78519/new-rules-on-screening-of-irregular-migrants-and-faster-asylum-procedures>

EuGH; Livestream-Unterricht in Hessen unterfällt DSGVO

Der EuGH hat am 30.03.2023 sein Urteil in der Rechtssache C-34/21 (Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer beim Hessischen Kultusministerium gegen Minister des Hessischen Kultusministeriums) verkündet. Im Kern geht es in dem Verfahren um die Frage, ob Livestream-Unterricht während der Corona-Pandemie ohne Einwilligung der Lehrkräfte in die Datenverarbeitung zulässig ist. Der EuGH verweist zwar auf die Zuständigkeit des nationalen Gerichts, über diese Frage abschließend zu befinden, meldet jedoch auch Zweifel an, ob die hessische Regelung als "spezifischerer Vorschrift" im Sinne des Art. 88 Abs. 1 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) angesehen werden könne. Als mögliche Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung käme allerdings Art. 6 Abs. 3 DSGVO in Betracht.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?nat=or&mat=or&pcs=Oor&jur=C%2CT%2CF&num=C-34%25F21&for=&jge=&dates=&language=de&pro=&cit=none%252CC%252CCJ%252CR%252C2008E%252C%252C%252C%252C%252C%252C%252C%252C%252C%252C%252C%252C%252Ctrue%252Cfalse%252Cfalse&ogp=&td=%3BALL&avg=&lgrec=de&page=1&lg=&cid=4738929>

Kommission; Migrationsatlas veröffentlicht

Das Wissenszentrum für Migration und Demografie der Kommission hat am 31.03.2023 eine neue Ausgabe des sog. „Atlas der Migration“ veröffentlicht. Dieser enthält laut Kommission umfassende und zuverlässige Daten über weltweite Migrationsbewegungen und -trends. Mit Blick auf die Ukraine zeigt die Veröffentlichung u.a., dass es bis in dem Land bis Dezember 2022 zwischen 3,6 und 5,4 Mio. Binnenflüchtlinge gab. Insgesamt habe der Krieg zudem zwischen 25 und 30% der ukrainischen Gesamtbevölkerung vertrieben.

https://migration-demography-tools.jrc.ec.europa.eu/atlas-migration/country-profiles?selection=EU27_2020#SUM

Kommission; rescEU: Geld für Notunterkünfte

Die Kommission gab am 04.04.2023 bekannt, 116,6 Mio. EUR für KRO, POL, SLO, ESP, SWE und die Türkei bereitzustellen, um neue rescEU-Reserven für Notunterkünfte zu beschaffen und aufzustellen, die Platz für Tausende von Menschen bieten sollen. Die rescEU-Notunterkünfte beinhalten vorübergehende Schlafmöglichkeiten, Duschen, Toiletten, eine Grundausstattung an Toilettenartikeln sowie Gemeinschaftsräumen. Zu den zusätzlichen geplanten Reserven zählen eine

Reihe von Notunterkünften und Einrichtungen mit Fokus auf sicheren Räumen für Kinder, vulnerable Gruppen und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen oder Behinderungen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_2071

Bildung und Kultur

Kommission; Finanzierung eines Bildungsprogramm gegen Antisemitismus

Am 03.04.2023 startete eine neues, von der UNESCO in Partnerschaft mit dem OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) durchgeführtes Programm zur Bekämpfung des Antisemitismus durch Bildung. Die Finanzierung der damit zu fördernden Maßnahmen übernimmt die Kommission aus Mitteln des Programms ERASMUS+. Geplant ist, dass die UNESCO und ihre Partner mit den zuständigen nationalen Behörden der Mitgliedstaaten (MS) kooperiert, die ihre Teilnahme an dem Programm bestätigt haben. Dies sind AUT, BEL, KRO, CZR, FRA, DEU, GRI, ITL, ROM, SLO und ESP. Es sollen verschiedene Maßnahmen umgesetzt werden, die u.a. dazu beitragen sollen, dass Lehrkräfte ihre Schülerinnen und Schüler für das Thema Antisemitismus sensibilisieren und Vorurteile, extremistische Narrative, Verschwörungsdenken und Ideologien, die Diskriminierung und Hass Vorschub leisten, zu erkennen und zu bekämpfen. Hierzu sollen Präsenzs Schulungen auf nationaler Ebene für in der Lehrerausbildung tätige Lehrkräfte, politische Entscheidungsträger und Organisationen der Zivilgesellschaft sowie thematische Online-Webinare beitragen. Mit dem Projekt sollen auch die nationalen Lehrpläne und die Qualität der Schulbücher im Hinblick auf Antisemitismus in Europa sowie die derzeitige Befähigung der Lehrkräfte für diese Aufgabe bewertet werden. Es ist zudem geplant, Empfehlungen an politische Entscheidungsträger auf nationaler und regionaler Ebene abzugeben.

<https://www.unesco.org/en/education-addressing-antisemitism>

Information, Kommunikation und Medien

EP; Austausch zum EU-Medienfreiheitsgesetz im CULT-Ausschuss

Der EP-Ausschuss für Kultur und Bildung (CULT) hat am 28.03.2023 einen ersten Meinungsaustausch über den Vorschlag der Kommission für ein EU-Medienfreiheitsgesetz geführt. In der Aussprache zeigte sich ein geteiltes Meinungsbild. Neben Kritik an der Ausgestaltung des Vorschlags gab es auch grundsätzlich positive Äußerungen. Als wichtige Aspekte wurden der Schutz von Journalistinnen und Journalisten, die Unabhängigkeit des neu zu schaffenden Gremiums auf EU-Ebene und die Stärkung der Transparenz der Eigentumsverhältnisse genannt. Mehrere MdEP forderten, die Beratungen im EP nun zügig zu führen, um das Verfahren noch in diesem Mandat abschließen zu können. Mit einer Abstimmung im CULT wird nach der Sommerpause gerechnet.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20230327IPR78507/media-freedom-act-first-exchange-on-parliament-s-position>

Veranstaltungen

Wirtschaftsstandort Europa - „Delors-Plan 2.0“

Am 27.03.2023 fand in den Räumlichkeiten der Landesvertretung in Brüssel auf Einladung der Hessischen Ministerin für Bundes- und Europangelegenheiten Lucia Puttrich und dem Direktor und Mitglied des Präsidiums des Instituts der deutschen Wirtschaft Prof. Dr. Michael Hüther die Veranstaltung „Wirtschaftsstandort Europa - Wie die EU auf die geopolitischen und geoökonomischen Herausforderungen reagieren muss“ statt. Hüther hielt einen Impulsvortrag und erklärte, die EU müsse jetzt reagieren, um als Wirtschafts-, Industrie- und Investitionsstandort attraktiv zu bleiben. Die veränderte geopolitische Lage und die geoökonomischen Herausforderungen verlangen angesichts ihrer Dimensionen europäische Antworten. Aus seiner Sicht genügt eine Forderung nach immer „mehr Europa“ als Antwort auf die gegenwärtigen Krisen nicht, „um einen wirklichen Wandel zu erreichen, der wie im Sinne des Delors-Plan von 1989 eine neue Vision Europas“ verwirklicht. Die EU sei gegenwärtig bei ihren Gesetzgebungskompetenzen zu kleinteilig unterwegs, wie z.B. beim Vorschlag für ein EU-Lieferkettengesetz. Es gehe darum, Funktionszusammenhänge auf EU-Ebene zusammenzuführen und um eine klare Zuweisung von Funktionen und Kompetenzen unter strikter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips. Wichtig wäre, durch Konzentration und Kooperation die Integration voranzutreiben. Sein Vorschlag sei die Gründung von zwei „Zweckverbänden funktionaler Integration“. Er schlägt zum einen eine Investitionsunion zur Bündelung und Fokussierung von in erster Linie grenzüberschreitenden Großinvestitionen vor. Eine solche Investitionsunion, die wirklich einen Strukturwandel bewirken soll, könne nur durch eine Verstärkung von EU-Mitteln finanziert werden, z.B. einer Weiterentwicklung von Next-Generation-EU. Zum anderen geht es ihm um eine Verteidigungsunion, die die militärischen Strukturen vereinheitlichen, die Aufwendungen in die Verteidigungsfähigkeiten der EU bündeln und die Beschaffung klar definieren sollte. Zur Finanzierung der Verteidigungsunion als eine europäische Leistung plädiert er für eine EU-Abgabe bei gleichzeitiger Steuererminderung in den nationalen Staaten. Im Gespräch mit Carsten Volkery vom Handelsblatt wurden diese Aussagen von Hüther noch näher ausgeführt. So sprach sich Hüther klar dafür aus, bei der Beschaffung von Verteidigungsgütern künftig weiter zu gehen als die gegenwärtige EU-Verteidigungsinitiative für die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO) und die Zahl der unterschiedlichen Waffensysteme in der EU zu verringern. Auch wurde generell über die allgemeinen Standortbedingungen in der EU gesprochen, die aus Sicht von Hüther verbessert werden müssen

Europa nach den Wahlen – FIN hat gewählt

FIN hat am 02.04.2023 ein neues Parlament gewählt. Der EU-Korrespondent Rikhard Husu vom Finnischen Rundfunk hat am 03.04.2023 in der Hessischen Landesvertretung das Ergebnis der Parlamentswahl in FIN folgendermaßen zusammengefasst: „Drei Gewinner, aber es gibt nur Platz für zwei in der Regierung. Eine schwierige Regierungsbildung steht bevor.“ Gewinnerin der Wahl ist die konservative „Nationale Sammlungspartei (KOK)“ mit 20,8% der Stimmen. Mit ihrem bisher besten Stimmenergebnis kam die rechtspopulistische Partei der „Finnen (PS)“ mit 20,1% auf den zweiten Platz. Auch die „Sozialdemokratische Partei (SDP)“ der bisher amtierenden Ministerpräsidentin Sanna Marin hat Stimmen dazu gewonnen. Marin selbst hat in ihrem Wahlkreis die meisten Stimmen geholt, was für ihre Popularität als Ministerpräsidentin spricht, ergänzte der Journalist. Der Auftrag zur Regierungsbildung gehe an die konservative KOK-Partei, die vor schwierigen Koalitionsverhandlungen stehe. Mit wem kann sie koalieren? Die amtierende Fünfparteien-Koalition unter Führung der Sozialdemokraten hat insgesamt Sitze

verloren und werde die Koalition eher nicht fortsetzen können, führte Rikhard Husu weiter aus. Die Partei der „Finnen“ habe Offenheit für Koalitionen signalisiert, die Sozialdemokraten würden jedoch eine Koalition mit der rechten Finnenpartei grundsätzlich ablehnen, führte Rikhard Husu weiter aus. Ein potentieller Koalitionspartner, die liberale Zentrumspartei (KESK), habe bereits erklärt, sich an keiner Koalition zu beteiligen und in die Opposition zu gehen. Damit blieben die kleinen Parteien der Grünen, der Linken und der Christdemokraten als mögliche Koalitionspartner im Spiel. Sollten die rechten Finnen als Koalitionspartner für die KOK-Partei in Frage kommen, müssten sie ihre Anti-EU-Haltung aufgeben und sich auf Kompromisse einlassen. Für die Mehrheit im Parlament wären dennoch weitere Koalitionspartner erforderlich. Im weiteren Gespräch mit dem Moderator Bengt Ljung von der schwedischen Nachrichtenagentur ging es u.a. um das hohe Staatsdefizit und die Steuerung der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes.

Europa nach den Wahlen - BUL hat gewählt

BUL hat am 02.04.2023 ein neues Parlament mit seinen 240 Sitzen gewählt. Diese fünfte Wahl hat erneut ein schwieriges Ergebnis gebracht, sagte Desislava Apostolova vom Bulgarischen Nationalen Fernsehen (BNT), die die Wahlergebnisse am 04.04.2023 in der Hessischen Landesvertretung analysierte. Insgesamt sind sechs Parteien im Parlament vertreten. Bei gut 40% Wahlbeteiligung hat das Mitte-rechts „Bündnis (GERB/SDS)“ mit 26,5% der Stimmen gewonnen. Das Reformbündnis „Wir setzen den Wandel fort“ mit der Partei „Demokratisches Bulgarien (PP-DB)“ kam mit 24,6% auf den zweiten Platz. Drittstärkste politische Kraft mit über 10% Zugewinn wurde die antieuropäische, nationalistische und pro-russische Partei „Wiedergeburt (V)“ mit 14,2%. Die „Partei der türkischen Minderheit (DPS)“ erreichte 13,6%. Das schlechteste Ergebnis ihrer Parteigeschichte mussten die Sozialdemokraten, Nachfolger der kommunistischen Partei, mit 9% hinnehmen. Knapp über 4% erzielte die Partei „Es gibt ein solches Volk (ITN)“ des Entertainers Trifonow. Eine starke grüne und linke Partei fehlt im bulgarischen Parteienspektrum. BUL steht mit diesem Ergebnis wieder eine schwierige Regierungsbildung bevor. Rein rechnerisch würde sich eine Koalition der beiden großen Parteien, beide pro-europäisch und für eine Unterstützung der Ukraine im Krieg gegen Russland, anbieten. Sollte die Regierungsbildung erneut scheitern, wird Staatspräsident Rumen Radew wieder eine Übergangsregierung einsetzen müssen und Neuwahlen ausrufen. Die bulgarische Journalistin hielt Neuwahlen für möglich, wollte aber eine positive Entwicklung nicht ausschließen. In dem anschließenden Gespräch mit der Moderatorin Ingrid Steiner Gashi vom österreichischen KURIER ging es u.a. um das Wahlverhalten der Bulgaren und den Erfolg der pro-russischen Rechten. Thematisiert wurde auch das Verhältnis Bulgariens zu Nord-Mazedonien, die Verschiebung des Beitritts zur Eurozone sowie die Blockade des Beitritts zum Schengen-Raum.

Leveraging Artificial Intelligence to Innovate Higher Education

Am 05.04.2023 fand in der Landesvertretung die Veranstaltung „Leveraging Artificial Intelligence to Innovate Higher Education“ statt. Sie war Teil des EU-geförderten Projekts „Qual-AI-ty Engagement“, das am 04. und 05.04. in der Landesvertretung sein viertes transnationales Projekttreffen durchgeführt hat. Ziel des Projekts ist die Förderung des studentischen Engagements durch mit Künstlicher Intelligenz (KI) gesteuerten qualitativen Qualitätssicherungspraktiken. Im Mittelpunkt des Abends stand die Frage, wie grundlegend KI die Hochschulbildung beeinflussen wird – nicht zuletzt vor dem Hintergrund von neuartigen KI-Anwendungen wie ChatGPT und ähnlichen KI-Tools. Prof. Dr. Thorsten Kliewe, Vorsitzender des Accreditation Council for Entrepreneurial and Engaged Universities stellte in seiner Begrüßung das Projekt vor, das angesichts von aktuellen Entwicklungen um ChatGPT besondere Aktualität

erlangt hat. In der anschließenden Podiumsdiskussion debattierten Dr. Thérèse Zhang, European University Association, Dr. Sjoerd de Vries, University of Twente, Prof. Dr. Elīna Gaile-Sarkane, Riga Technical University und Dr. Georgi Dimitrov, Referatsleiter „Digitale Bildung“ in der Kommission, über die Chancen und Risiken des KI-Einsatzes in der universitären Ausbildung. Ungeachtet der durchaus bestehenden Herausforderungen, z.B. bei Prüfungsleistungen, und Risiken wie Vereinsamung der Studierenden bei digitalen Lernangeboten, waren sich die Panellisten einig, dass die Chancen überwiegen. KI-Anwendungen wie Chatbots bringen Lehrenden und Studierenden neue Möglichkeiten des Lehrens und Lernens, können aber auch Effizienzgewinne im Management der Hochschulen bieten. Teil des Abends war auch eine kurze Demonstration eines KI-basierten Chatbots, der Hochschuleinrichtungen dabei unterstützen soll, das Engagement der Studierenden für die Gesellschaft zu verbessern.

V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Europäische Kommission

18.04.2023

Cyber-Paket
Cyber-Solidaritätsgesetz
Akademie für Cybersicherheitsfähigkeiten

Paket zu digitalen Fähigkeiten und Bildung
Empfehlung zu fördernden Faktoren für die digitale Bildung
Empfehlung zur Verbesserung der Vermittlung digitaler Kompetenzen in der allgemeinen und beruflichen Bildung

Paket zum Bankenrisikomanagement und zur Einlagensicherung
Überprüfung der Richtlinie über die Sanierung und Abwicklung von Banken
Überarbeitung der Richtlinie über Einlagensicherungssysteme
Überarbeitung der Verordnung über den einheitlichen Abwicklungsmechanismus

Europäisches Parlament

Plenarsitzung in Straßburg 17.-20.04.2023

Verordnung über Entwaldung
Gemeinsame Aussprache - Paket „Fit für 55“
Überarbeitung des Emissionshandelssystems der EU

Überwachung von Treibhausgasemissionen aus dem Seeverkehr, Berichterstattung darüber und Prüfung dieser Emissionen
CO2-Grenzausgleichssystem
Klima-Sozialfonds
Überarbeitung des Emissionshandelssystems der EU für die Luftfahrt
Die institutionellen Beziehungen zwischen der EU und dem Europarat
Nachhaltige Kohlenstoffkreisläufe
Elektronische Behördendienste zur schnelleren Abwicklung digitaler öffentlicher Dienstleistungen, die dem Funktionieren des Binnenmarkts förderlich sind
Drittländer, deren Staatsangehörige der Visumpflicht unterliegen oder von der Visumpflicht befreit sind: Kosovo
Maschinenprodukte
Gemeinsame Aussprache - Kryptowerte
Märkte für Kryptowerte
Übermittlung von Angaben bei Geldtransfers und Transfers bestimmter Kryptowerte (Neufassung)
Lage in Peru - Erklärung des Vizepräsidenten der Kommission und Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik
Leitlinien für den Haushalt 2024 – Einzelplan III
Aussprache der Reihe „Was Europa ausmacht“ mit Xavier Bettel, Premierminister von Luxemburg
Änderungen der Geschäftsordnung des Parlaments hinsichtlich der Fragestunde, des zentralen Rednerpults, des Verfahrens der blauen Karte, der Erklärungen zur Abstimmung, des Transparenzregisters und des Bürgerbeauftragten
Protokoll zur Änderung des Übereinkommens von Marrakesch zur Errichtung der Welthandelsorganisation
Methoden und Verfahren für die Bereitstellung von Eigenmitteln auf der Grundlage des Emissionshandelssystems, des CO2-Grenzausgleichssystems und neu zugewiesener Gewinne sowie der Maßnahmen zur Bereitstellung der erforderlichen Kassenmittel
Bekämpfung von Diskriminierung in der EU – die seit Langem erwartete horizontale Antidiskriminierungsrichtlinie
Herausforderungen für die Republik Moldau
Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit
Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Europäischen Parlaments für das Haushaltsjahr 2024

Ausschuss der Regionen

- 18.04.2023 CIVEX-Fachkommissionssitzung
Strategische Vorausschau als Instrument für die EU-Governance und eine bessere Rechtsetzung (Arbeitsdokument)
Erweiterungspaket 2022 (Abstimmung)
Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bei der Bekämpfung der Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland (Arbeitsdokument)
- 19.04.2023 ECON-Fachkommissionssitzung
Gesetz für ein interoperables Europa (Abstimmung)
- 20./21.04.2023 SEDEC- Fachkommissionssitzung
Mentoring als wirksames und konkretes Instrument für das Europa von morgen (Arbeitsdokument)

Europäischer Gerichtshof

- 18.04.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-646/21 Staatssecretaris van Justitie en Veiligheid (Sich mit den Werten der Union identifizierende Personen)
Berücksichtigung der gesellschaftlichen Anpassung bei Asylanträgen
- 19.04.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtssache C-606/21 Doctipharma
Online-Plattform für nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel
- 20.04.2023 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-348/22 Autorità Garante della Concorrenza e del Mercato (Gemeinde Ginosa)
Verlängerung von Strandkonzessionen in Italien
- 20.04.2023 Urteil des Gerichtshofs in den verbundenen Rechtssachen C-775/21 Blue Air Aviation und C-826/21 UPFR
Urheberrechtliche Fragen bei Hintergrundmusik in einem Flugzeug oder Wagon
- 20.04.2023 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-650/21 Landespolizeidirektion Niederösterreich und Finanzamt Österreich
Anrechnung von Vordienstzeiten bei österreichischen Bundesbediensteten

- 20.04.2023 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-52/22 BVAEB (Anpassung der Ruhebezüge)
Zeitpunkt der erstmaligen Anpassung der Ruhebezüge österreichischer Beamter
- 20.04.2023 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-548/21 Bezirkshauptmannschaft Landeck (Versuchter Zugriff auf die auf einem Mobiltelefon gespeicherten persönlichen Daten)
Zugriff der Kriminalpolizei auf die auf einem Mobiltelefon gespeicherten Daten
- 20.04.2023 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-621/21 Intervyuirasht organ na DAB pri MS (Frauen, die Opfer häuslicher Gewalt sind)
Asyl – Häusliche Gewalt gegen Frauen
- 20.04.2023 Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtssache C-116/22 Kommission / Deutschland (Besondere Schutzgebiete)
Ausweisung besonderer Schutzgebiete sowie Festlegung von Erhaltungszielen und –maßnahmen
- 20.04.2023 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-819/21 Staatsanwaltschaft Aachen
Vollstreckung eines polnischen Strafurteils in Deutschland – Rechtsstaatlichkeit
- 20.04.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtsmittelsache C-122/22 P Dyson u. a. / Kommission
Energieverbrauch von beutellosen Staubsaugern

EuG

- 18.04.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in den Rechtssachen T-53/21 EVH /, T-55/21 Stadtwerke Leipzig /, T-56/21 TEAG /, T-58/21 Stadtwerke Hameln Weserbergland /, T-59/21 eins energie in sachsen /, T-60/21 Naturstrom /, T-61/21 EnergieVerbund Dresden / und T-62/21 GGEW / Kommission
Übernahme von Innogy durch E.ON
- 19.04.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in den Rechtssachen T-63/21 Stadtwerke Frankfurt am Main /, T-64/21 Mainova /, und T-65/21 enercity / Kommission
Übernahme von Innogy durch E.ON

Die Woche vom 10. bis zum 14.04.2023 ist sitzungsfreie Zeit.

Grundsätzlich finden in dieser Zeit weder mündliche Verhandlungen statt noch werden Urteile verkündet oder Schlussanträge verlesen.

Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, dass z.B. in Eilverfahren ein Termin anberaumt wird oder dass den Parteien Beschlüsse zugestellt werden.

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 21.04.2023.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA